

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntägig. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50515 Köln
Hausadresse GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21/21 16 58 Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 9 / 17. Jahrgang

2. Mai 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Kernenergie „nach wie vor unverantwortlich“

MdB Eva Bulling-Schröter am 19. April im Bundestag über Anti-AKW-Aktionen

Der bayerischen PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter wird vom bayerischen CSU-Innenstaatssekretär Regensburger vorgeworfen, sie habe im Bundestag nichts mehr zu suchen, weil sie „zu strafbaren Handlungen“ aufgerufen habe. Anlaß ist die Unterstützung der Abgeordneten für Aktionen wie Schienen-Demontagen gegen die Castor-Transporte. Am 19. April verteidigten die Abgeordnete im Bundestag erneut diese Aktionen und ihre Unterstützung dafür. Hier Auszüge aus ihrer Rede.

„... Worum geht es nun bei den Aktionen am AKW Gundremmingen? Mit der Aktion „Ausrangiert“ soll die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht werden, daß nach wie vor die Risiken der Atomwirtschaft unverantwortlich sind. Unverantwortlich für das Leben und die Umwelt derjenigen Menschen die dort vor Ort wohnen, aber auch für die, die an Strecken wohnen, an denen der Castor-Transport vorbeiführt, unverantwortlich für jene, die dort leben müssen, wo die abgebrannten Brennstäbe wieder aufgearbeitet werden, und letztendlich für die, die am Zwischenlager wohnen. Die Menschen empfinden das so, und dann muß man das auch so sagen dürfen, auch im Parlament.

Die Argumente sind bekannt und oft genug wiederholt, doch Konsequenzen werden keine daraus gezogen. Deshalb hat sich vor einigen Jahren auch in Gundremmingen eine Bürgerinitiative gegründet, die dort an jedem Sonntag eine Mahnwache hält. Nachdem diese Aktionen bis jetzt nicht zum beabsichtigten Erfolg geführt haben, wird jetzt

auf andere Weise Widerstand geleistet. Mit handwerklichen Mitteln, absolut gewaltfrei, sollen Schienen demontiert werden, um auf die aktuellen Gefahren hinzuweisen, die vom AKW ausgehen. Die Beteiligten wissen natürlich, daß sie keine Züge aufhalten können. Sie sprechen sich vor jeder Aktion mit dem Landratsamt Günzburg ab. An dieser Stelle möchte ich dem Polizeipräsidenten von Günzburg dafür danken, daß er immer Augenmaß gezeigt hat und Verständnis für das Anliegen der Demonstrantinnen und Demonstranten.

Zu Beginn der Aktion wird meistens ein Gottesdienst abgehalten, und die örtliche Bevölkerung nimmt daran teil, wie auch am 3. März ein Kreuz als Zeichen der Gerechtigkeit und der Achtung vor dem Menschen vor Ort aufgestellt wurde. Natürlich würde niemand in Gundremmingen nur eine Schraube lockern, wenn im entferntesten zu befürchten wäre, daß dadurch Menschen in Gefahr gebracht werden. Wäre dies nicht so, dann hätten die Recht, die dann nach dem Staat und seinem Gewaltmonopol rufen. (...)

Ziviler Ungehorsam hat auch in der Bundesrepublik seine Traditionen, genauso wie in der Bürgerbewegung der DDR. (...) Sie sahen es als ihre staatsbürgerliche Pflicht an, mit ihrer Autorität zu zeigen, daß hier unmoralisch gehandelt wird, daß es notwendig ist, Flagge zu zeigen, wenn Rechte verletzt werden oder zukünftige Generationen ökologisch bedroht werden. Die Menschen in Gundremmingen handeln aus den gleichen edlen Motiven. Sie haben den Eindruck, daß sich dieser Staat an ihren Lebensgrundlagen vergreift.



In den ersten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst über den neuen Lohnstarif haben die Vertreter der Bundesregierung, der Länder und der Kommunen noch keinerlei Angebot einer Lohnanhebung unterbreitet. Stattdessen verlangte Bundesinnenminister Kanther sogar eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit und weitere schwere Zumutungen. In Düsseldorf traten dagegen am 25. April erstmals 300 Müllwerker in einen kurzen Warnstreik (unser Bild). Die ÖTV hat für die nächsten Verhandlungen am 7. Mai ihre große Tarifkommission zusammengerufen, um über das weitere Vorgehen angesichts des Provokations- und Konfrontationskurses der öffentlichen Dienstherren zu beraten. (rül)

Eine gute Idee gegen die Kurdenverfolgung

Das „Bonner Forum BürgerInnen und Polizei“ fordert Änderung des Vereinsgesetzes

Das „Bonner Forum BürgerInnen und Polizei e.V.“, nach eigenen Angaben „ein Dialogkreis zwischen Menschen aus Bürgerrechtsgruppen und aktiven PolizistInnen“, hat nach den massiven Polizeiaktionen gegen kurdische Demonstrationen, Kundgebungen in den vergangenen Wochen über „auf innenpolitische Deeskalation gerichtete Schritte“ nachgedacht und ist mit einem interessanten Vorschlag an die Öffentlichkeit getreten.

„Das Zeigen der verbotenen Symbole und das Skandieren von Unterstützungsparen für die PKK stellen nach der derzeit herrschenden juristischen Auslegung des § 20 Vereinsgesetzes Straftaten dar, die die Polizei grundsätzlich verfolgen und unterbinden muß“, beklagen die beiden Sprecher des Bonner „Forums“, Ude Behrendes für die „Polizeiseite“ und Manfred Stenner für die „Bürgerseite“, in ihrer gemeinsamen Erklärung.

Sie schlagen deshalb eine Änderung des Paragraphen 20 des Vereinsgesetzes vor, die diese automatische Strafverfolgung verbotener Vereinssymbole aufhebt:

„Heute ist das Zeigen von PKK-Symbolen und NS-Symbolen im Ergebnis strafrechtlich gleichgestellt. Von einer Änderung des Vereinsgesetzes und der Entkriminalisierung der dort geregelten Kennzeichenverbote blieben die

Kennzeichenverbote nach dem Strafgesetzbuch (vgl. § 86 StGB) unberührt. Nach wie vor wäre das Zeigen von Symbolen rechtsextremistischer Organisationen strafbar - und damit zu recht von Kennzeichenverboten internationaler bzw. ausländischer Vereine unterschieden.“

Man mag bedauern, daß das Bonner Forum sich nicht zu der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots aufraffen kann - eine Forderung, wie sie inzwischen die PDS, die Grünen, die Humanistische Union, die „Kritischen Polizisten“ und andere erheben. Aber unterhalb dieser Schwelle steht fest, daß die Forderung des Bonner Forums darauf gerichtet ist, der Schrankenlosigkeit polizeilichen Eingreifens gegen die kurdische Bevölkerung entgegenzuwirken. Wie bedenkenlos dabei die Grundrechte der kurdischen Bevölkerung außer Kraft gesetzt werden, davon gaben die Staatsorgane in den letzten Wochen genug Anschauungsstoff. Hunderte, womöglich tausende Kurdeninnen und Kurden wurden und werden seit November 1993 wegen Zeigens, Tragens, Nutzens „verbotener Symbole“ vor Gerichten verfolgt.

Vielleicht greift die „rot-grüne“ Landesregierung in NRW diesen Vorstoß auf und bringt einen entsprechenden Antrag im Bundesrat ein? (rül)

Quelle: Erklärung des „Bonner Forums BürgerInnen und Polizei e.V.“ vom 5. April 1996



Mehrere tausend Menschen demonstrierten am vergangenen Freitag und Samstag aus Anlaß des 10. Jahrestages von Tschernobyl erneut gegen die Atompolitik von Regierung und Konzernen. In Magdeburg (unser Bild) beteiligten sich 2.000 Menschen an der Demonstration, in München ebenfalls etwa 2.000.

AKTUELL IN BONN**In drei Jahren 37 Tote an deutschen Grenzen**

„Der Bundesregierung sind 37 Fälle in den Jahren 1993-95 bekannt geworden, in denen Personen tot an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland aufgefunden wurden. Allein für das vergangene Jahr 1995 bestätigte die Bundesregierung die Zahl von nicht weniger als elf Toten.“ Das erfuhr die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke auf ihre Anfrage über die Zahl toter Flüchtlinge an den deutschen Grenzen. Freilich leugnet die Bundesregierung Zusammenhänge zwischen diesen Toten und ihrer Flüchtlingspolitik. „Diesbezügliche Anfragen wurden von Bundesinnenminister Kanther mit dem zynischen Hinweis vom Tisch gefegt, bei einem in der Neißer ertrunkenen Pakistani, einem in den bayerischen Alpen erfrorenen Bosnier oder dem in einem Container erstickten Türken wisse man nicht, ob es sich bei diesen Personen um Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention handele. Die tot aufgefundene Person habe ja in der Bundesrepublik kein Asylverfahren durchlaufen“, berichtet die Abgeordnete, und fügt hinzu: „Hinzurechnen sind 36 Menschen, die sich seit 1993 wegen drohender Abschiebung und gnadenlosem Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land das Leben genommen haben, darunter 23 in bundesdeutschen Abschiebekästen. Die Bundesregierung geht bei dem von ihr mitbetriebenen Ausbau der 'Festung Europa' über Leichen.“ (Pressemitteilung vom 24.4.)

Millionen für Behörden-Umzüge nach Bonn

Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren mindestens 25 Millionen DM ausgeben, um internationale Behörden nach Bonn zu holen. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine SPD-Anfrage (Drucksache 13/4289) hervor. So zahlt Bonn bis 1999 15,2 Millionen DM für den Umzug des „Freiwilligenprogramms der Vereinten Nationen (UNV)“, den Rest der Umzugskosten übernimmt die Stadt Bonn. Für den Umzug des Sekretariats der Klimarahmenkonvention (KRR) der UNO zahlt die Regierung 7,8 Millionen DM. Dem „Sekretariat der Wüstenkonvention“ hat die Bundesregierung auch schon Zuschüsse für eine Umsiedlung nach Bonn angeboten, desgleichen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die überlegt, ihr Europäisches Regionalamt nach Bonn zu verlegen. Hier sind die Beträge aber noch nicht bezifferbar, weil diese Behörden noch nicht entschieden haben, ob sie nach Bonn ziehen wollen.

Streit um Organtransplantationsgesetz

Am 19. April beriet der Bundestag erstmals über mehrere Vorlagen über ein Organtransplantationsgesetz. Streit gibt es insbesondere darüber, wann der Zeitpunkt des Todes gekommen ist, der eine Organentnahme zulässig macht, und wer eine solcher Entnahme zustimmen muß. Die Mehrheit der Regierungsparteien und der SPD will den Zeitpunkt des Todes mit dem Hirntod gleich. Liegt keine Willenserklärung eines Hirntoden als potentieller Spender vor, sol-

len Angehörige und Ärzte befragt werden, wobei zu Angehörigen auch unverheiratete Lebenspartner/innen gehören sollen. In einem Gegenantrag von Mitgliedern von SPD und PDS wird zwar der Hirntod als Todeszeitpunkt gebilligt, aber der Tote müsse vorher einer Organentnahme zugestimmt haben. Bei Kindern unter 16 Jahren müssen die Eltern zustimmen. Ähnliches fordert ein Gesetzesentwurf der Grünen. Im Juni soll eine „Expertenanhörung“ stattfinden, eine Verabschiedung des Gesetzes ist nach der Sommerpause geplant.

Steuermittel für Minister-Bücher

Die Bundesregierung hat mit erheblichen Steuermitteln private Bücher von Regierungsmitgliedern aufgekauft und diese dann verbreitet - zum Teil gratis. Das geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Anfrage der PDS-Bundestagsgruppe hervor (Drucksache 13/4270). So spendierte das Finanzministerium 92.712 DDM für den Ankauf von 4.000 Exemplaren des Buches „Tage, die Deutschland und die Welt veränderten“ von Finanzminister Waigel. Die Bücher wurden gratis verteilt. Das Presse- und Informationsamt der Regierung kaufte 5.000 Exemplare des Kohl-Buches „Die deutsche Einheit“ für 13.375 DM auf und verteilte diese ebenfalls kostenlos. Dasselbe genoß Bundesarbeitsminister Blum, dessen Buch „Politik als Balanceakt“ 283 mal zum Preis von 2.028 DM aufgekauft wurde. Für zwei Bücher von Verteidigungsminister Rühle („Betr. Bundeswehr“ und „Deutschlands Verantwortung“), von denen zusammen 3.620 Exemplare aufgekauft wurden, gab die Regierung sogar 71.996 DM aus. Leider verfaß die PDS zu fragen, welche privaten Einnahmen dem Kanzler und den Ministern aus den Aufkäufen entstanden. Denn üblicherweise berechnen die Verlage ihre Autorenhonorare nach der verkauften Auflage der Bücher.

Streit um das geplante Telekommunikationsgesetz

Am 23. April hat die Bundesregierung erneut über das von CSU-Postminister Bötsch vorgelegte Telekommunikationsgesetz beraten und die Kritikpunkte des Bundesrates in allen wesentlichen Punkten zurückgewiesen. Streit gibt es u.a. um die von den Ländern und Kommunen verlangte Möglichkeit, „Wegenutzungsgebühren“ verlangen zu dürfen, wenn private Telekommunikationsfirmen über bzw. unter öffentlichen Wegen Kabel verlegen bzw. verlegte Kabelwege nutzen wollen. Auch die von den Ländern verlangte Möglichkeit, regional begrenzte Lizenzen zu vergeben, lehnt die Regierung ab. Am 5. Juli soll der Bundesrat abschließend über den Gesetzentwurf beraten.

Was kommt demnächst?

Am 9. Mai beraten die Finanzminister von Bund und Ländern über das „Sozialpaket“ der Regierung. Am 12. Mai beraten die Länderministerpräsidenten über das Paket. Am 17. Mai wird der türkische Ministerpräsident Yilmaz zu Besuch in der BRD erwartet. Vom 21. bis 22. Juni tagt in Florenz der nächste Europäische Rat.

Keine Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe?**Petitionsausschuß lehnt Petition von 14 Verbänden ab**

Im Mai 1995 hatte das Komitee für Grundrechte und 13 weitere Verbände - darunter die Humanistische Union, die Strafrechtsvereinigungen, die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe, die Grünen sowie 4.351 Einzelpersonen - darunter zahlreiche Gefangene aus verschiedenen Justizvollzugsanstalten - eine Petition an den Petitionsausschuß des Bundestages eingereicht, um Artikel 102 des Grundgesetzes, der die Abschaffung der Todesstrafe festschreibt, in dem Sinne zu ergänzen, daß auch die lebenslange Freiheitsstrafe abgeschafft wird.

Auch der frühere schleswig-holsteinische Justizminister Klaus Klingner (SPD) hatte die Abschaffung dieser Strafe gefordert und sich dabei unter anderem auf ein Gutachten des Fuldaer Kriminologen Michael Weber bezogen, der festgestellt hatte, daß die Androhung der lebenslangen Freiheitsstrafe keinen Abschreckungseffekt habe - genauso wenig wie die Androhung der Todesstrafe in den USA, könnte man ergänzen.

Am 21. April hat nun der Petitionsausschuß des Bundestages die Petition abgewiesen - mit den Stimmen der SPD-Abgeordneten im Ausschuß. Die SPD-Sprecherin im Ausschuß, Hildegard Vester, wies sogar die Forderung ihres Parteikollegen Klingner ausdrücklich zurück: Für dessen Vorstoß sei in der SPD-Bundestagsfraktion „derzeit keine Unterstützung zu erwarten.“

Der Sprecher des Komitees für Grundrechte, Martin Singe, hat die Entscheidung des Ausschusses scharf kritisiert. „Hier kommen Ur-Instinkte wie Rache und Sühne zum Tragen. Mit aufgeklärtem Strafmaß hat das nichts zu tun.“

Bei einer durchschnittlichen Haftdauer für „Lebenslängliche“ von 21 Jahren liege die Bundesrepublik schon jetzt weit über dem europäischen Durchschnitt, was das tatsächliche Strafmaß für Taten wie Mord o.ä. betrifft. Jeder fünfte „Lebenslängliche“ sterbe in der Haft.

Derzeit sind in bundesdeutschen Gefängnissen etwa 1.200 Gefangene „lebenslänglich“ eingesperrt. Nach zehn Jahren Haft sind diese Menschen körperlich und seelisch am Ende“, so Martin Singe. Von Resozialisierung könne keine Rede sein. Verlust aller sozialen Kontakte und totale Perspektivlosigkeit seien die Folge für diese Gefangenen.

Der rechtspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, hat nach der Entscheidung des Ausschusses angekündigt, seine Fraktion werde einen Änderungsantrag zur Beschlußempfehlung des Ausschusses im Plenum des Bundestages einbringen. „Es muß ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß die lebenslange Freiheitsstrafe mit einer zivilisierten Gesellschaft unvereinbar ist.“ (zitiert nach: Frankfurter Rundschau, 22.4.)

Bündnis 90/Grüne fordern Entschädigung für Deserteure**Am 8. Mai berät der Rechtsausschuß des Bundestags**

Ausgerechnet am 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen deutschen Reiches vor jetzt 51 Jahren, wird der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages sich erneut mit der Frage der Entschädigung und Rehabilitierung der Deserteure der Deutschen Wehrmacht befassen. Einen Tag später soll diese Frage dann im Plenum des Bundestages beraten werden.

Seit Jahrzehnten warten diese NS-Verfolgten - „Fahnenflüchtige“, „Wehrkraftzersetzer“ und „Wehrdienstverweigerer“ - vergeblich auf eine Rehabilitierung, die Annullierung ihrer Urteile und eine angemessene Entschädigung für ihre Verfolgung. Inzwischen sollen nach Angaben des Bundesverbands der Verfolgten (Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.) nur noch ca. 300 dieser von der NS-Militärjustiz schwer Verfolgten überhaupt am Leben sein.

Um den Druck auf die Regierungsparteien zu erhöhen, hat die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 16. April einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

Darin fordern sie: „Es wird den von diesen Unrechtsmaßnahmen Betroffenen ein eigenständiger Entschädigungsanspruch und die Berücksichtigung eines eventuellen Rentenschadensausgleichs in dem dafür vorgesehenen Gesetz verschafft... Um eine unbürokratische Entschädigungsregelung, die wegen des Alters der Betroffenen dringend erforderlich ist, zu gewährleisten, wird bei Vor-

liegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Grundentschädigung und eine am Schadensumfang orientierte Ausgleichsleistung gewährt, die sich an den jetzigen außergesetzlichen Regelungen für Zwangssterilisierte anlehnt. Der schadensunabhängige monatliche Grundbetrag von zur Zeit 100 DM für Zwangssterilisierte wird jedoch davon abweichend auf monatlich 500 DM angehoben.“ Außerdem sollen die Opfer eine einmalige Entschädigung in Höhe von 5.000 DM erhalten.

Wegen der geringen Zahl der überhaupt noch lebenden Opfer und evtl. anspruchsberechtigter Angehöriger entständen dem Bundeshaushalt aus einer solchen Regelung Kosten von maximal 3 bis 6 Millionen DM im Jahr, schätzt die Fraktion.

„Mit der Verabschiedung der gesetzlichen Neuregelung zur Entschädigung ist allerdings noch nicht die ebenfalls notwendige formale rechtliche Rehabilitierung der Betroffenen (Unrechtsklärung für die gegen diese Personen gerichteten strafrechtlichen Verurteilungen seitens der NS-Militärjustiz) erreicht“, heißt es weiter in dem Antrag.

Daß eine solche Feststellung des Bundestags über 50 Jahre nach dem Ende des Krieges immer noch aussteht, weil die Mehrheit der Regierungsparteien immer noch eine „Einzelfallprüfung“ der NS-Urteile verlangt, wirft allein schon ein bezeichnendes Licht auf die geschichtlichen Kontinuitäten, in denen diese Republik steht.



„Ladenschluß erhalten: Wir tun etwas dafür“

50.000 auf der Demonstration von HBV, NGG und DAG gegen die Deregulierung bei Ladenschluß und Bäckerarbeit

Das obige Motto der hbv war auch der Gedanke, der die Menschen zur Teilnahme an der Großkundgebung der Gewerkschaften hbv, DAG und NGG am 28. April in Bonn bewegt hat. Die Teilnehmenden im Sonderzug aus Schleswig-Holstein waren im wesentlichen aus dem Einzelhandel. Viele bekannte Betriebe waren vertreten. Es sind wohl mehr mitgekommen, als die Gewerkschaften ursprünglich erwartet hatten, aber aus vielen Betrieben dann doch weniger, als sich angemeldet hatten, was eine leichte Enttäuschung auslöste. Trotzdem war die Stimmung gut, rund 6 Stunden Fahrzeit wurden nicht langweilig. Neben viel Spaß gab es Erfahrungsaustausch aus den Betrieben und über Betriebsratsarbeit. Die Mobilisierung war im wesentlichen über die Betriebsräte gelaufen.

Einige Leute waren schon 1988 zur Großkundgebung gegen den langen Donnerstag gefahren, der dann doch nicht verhindert werden konnte. Ein Transparent auf dem Kundgebungsplatz: „Ein SCHLADO (Scheißlangerdonnerstag) ist genug“ drückt aus, was davon gehalten wird.

Vom Bahnhof Bonn ging es mit einem Demonstrationzug von ca. 3.000 Teilnehmern gegen 12.30 Uhr zum Kundgebungsplatz, auf dem schon eine Menge Menschen erwarteten. Mit 45.000 Teilnehmern wurde die Zahl der Anwesenden beziffert, als alle gekommen waren, sogar mit 50.000.

Es waren sehr viele eindrucksvolle Plakate und Transparente dort. Betriebsrat und Belegschaft von Beate Uhse aus Flensburg nahmen Bezug auf ihren Betrieb mit „Feierabend für die Liebe und die Lust“. Weitere Kostproben: „In der Familie gehts schon los, wann kommt Mama und Papa bloß. Mit der Freizeit sieht es düster aus, wir gehen aus dem Verein jetzt raus. Ob damit der Arbeitsplatz sicher war, ist doch ein schlechter Witz. Selbst der Chef stöhnt über so ein Mist - der Ladenschluß für ihn unantastbar ist.“ - „Mehr Lebensqualität für die Einen - Zerrissenes Privatleben für die Anderen.“ - „Nicht mehr Umsatz und Profit, auch der Mensch bestimmt noch mit.“

Durch die NGG, mit vielen Fahnen vertreten, kam auch die Forderung „Gegen Ausweitung der Nachtarbeit“ mit ins Spiel. Es geht hier um den Erhalt des Nacht- und Sonntagsbackverbots, wel-

ches mit dem Gesetzentwurf der Koalition auch aufgehoben werden soll. „Es ist noch keiner verhungert, weil es Sonntags keine Brötchen gibt“, sagte Franz-Josef Möllenberg (NGG) in seiner Rede.

Neben der DAG waren dann, eher vereinzelt, auch andere Gewerkschaften vertreten, ÖTV, IGM und IG Bau konnte ich lesen. Es redeten noch die Vorsitzende der hbv, Margret Mönig-Raane, der Vorsitzende der DAG, Roland Issen. Rudolf Dressler, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, versicherte in seiner Rede, daß die SPD gegen eine Änderung des Ladenschlusses sei. Er wies darauf hin, daß von der CDU noch vier Stimmen zur Mehrheit fehlten, die den Gesetzentwurf ablehnen könne - eine Stimme hätten wir schon sicher von seinem Vorredner Walter Link (Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU). Alle Redner wiesen das Sozialabbau-Paket der Regierung zurück und kündigten Widerstand an.

Bündnis 90/Die Grünen und die PDS brachten in Flugblättern ihre Ablehnung des Gesetzentwurfes zum Ausdruck (Redner waren von Ihnen nicht geladen). Tilmann Winkler von der Evangelischen Kirche konnten wir als Weitgereiste nicht mehr hören, weil wir dann auf dem Rückweg waren.

Das „Rahmenprogramm“ war passend, z.B. mit den Texten der Gruppe „Geier Sturzflug“.

Etwas erschöpft wurde im Zugabteil auf der Rückfahrt Bilanz gezogen. Im „Wider-Standort“, Zeitung zu Armut, Reichtum und Sozialabbau, fanden wir die Ankündigung zum Sternmarsch gegen Sozialabbau am 15. Juni in Bonn. Halb scherzend, halb im Ernst verabredeten wir uns zur nächsten Fahrt nach Bonn. Auf die Frage, was hat uns der Tag gebracht, fanden wir die Antworten: Spaß - die Hoffnung, daß wir noch einige Bundestagsabgeordnete überzeugen konnten - das gute Gefühl, etwas getan zu haben für den Erhalt des Ladenschlusses.

Eine Überlegung war, daß in den nächsten Wochen noch örtliche Aktionen nötig sind, um der Sache Nachdruck zu verleihen und den Menschen, die nicht mit nach Bonn konnten oder wollten, die Möglichkeit zu geben, ihren Protest zu äußern. (brg)



Bonn, den 28. April 1996. (Bilddokumente: res, Hamburg)

„... daß Bäcker heute schon fast nur Nachtarbeit leisten?“

Aus der Rede des NGG-Vorsitzenden Möllenberg

Es ist unerträglich, was sich die Bundesregierung mittlerweile erlaubt, was die Bundesregierung mit dem vermeintlichen Zauberwort „Deregulierung“ beabsichtigt.

Kolleginnen und Kollegen, die Freigabe der Öffnungszeiten (in Bäckereien auch an Sonntagen) hat mit der Schaffung von Arbeitsplätzen so viel zu tun wie Diebstahl mit Edelstahl. (...)

Haben sich die verantwortlichen Politiker eigentlich mal in die Lage einer Bäckereifachverkäuferin versetzt, die heute schon eine harte und schwere Arbeit leisten muß? Haben sich die verantwortlichen Politiker schon mal Gedanken darüber gemacht, was passiert, wenn eine Bäckereifachverkäuferin in Zukunft morgens ab 5.30 Uhr arbeiten soll, dann wahrscheinlich Teilschichtdienst leisten muß, zwischenzeitlich also mehrere Stunden frei hat, um dann abends um 20 oder 22 Uhr noch Kunden zu bedienen? (...)

Sind sich die Politiker darüber im klaren, daß heute schon Bäcker fast ausschließlich Nachtarbeit leisten? Wenn es nach den Wünschen der Politik und der Arbeitgeber geht, dann soll das Nachtbackverbot, das heute Arbeit ab 4 Uhr ermöglicht, um 2 Stunden vorgezogen werden.

Was hat das mit sozialer Verantwortung, mit Fürsorgepflicht zu tun? Sind sich diejenigen, die das betreiben, von Kohl bis Rexrodt, eigentlich darüber im klaren, daß, wenn das Bäckerarbeitszeitgesetz fällt, wenn das Ladenschlußgesetz fällt, dann eine weitere Konzentrationswelle im Lebensmitteleinzelhandel und im Bäckereihandwerk die Folge sein wird ...

Ich prognostiziere, daß mehr Arbeitsplätze verloren gehen werden, daß ein Nettosaldo eintritt, der zu mehr ungeschützten Arbeitsverhältnissen führen wird - und dagegen müssen wir uns wehren.

Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel hat dann auch eine weitere Konzentration in der Ernährungsindustrie zur Folge ... mit anderen Worten: Das, was hier propagiert wird, weil man dem modernen Zeitgeist frönt, geht zu Lasten der Beschäftigten, geht zu Lasten der Frauen und Männer im Handel, im Bäckereihandwerk und im Fleischerhandwerk und geht auch die Lasten der mittelständischen Unternehmen und Unternehmer in diesen Branchen. (...)

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz

- verschlechtert den Gesundheitsschutz
- durchlöchert die bisherigen Schutzregelungen
- erleichtert und ermöglicht Nacht- und Sonntagsarbeit und
- baut den Frauenerbeitsschutz ab.

Gesundheitsgefahren ergeben sich besonders bei Schicht- und Nachtarbeit. Die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen bei Nachtarbeit tragen dazu bei, daß arbeitsbedingte Erkrankungen weit verbreitet sind und ein großer Teil der Nachtarbeiter wegen Invalidität vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheidet.

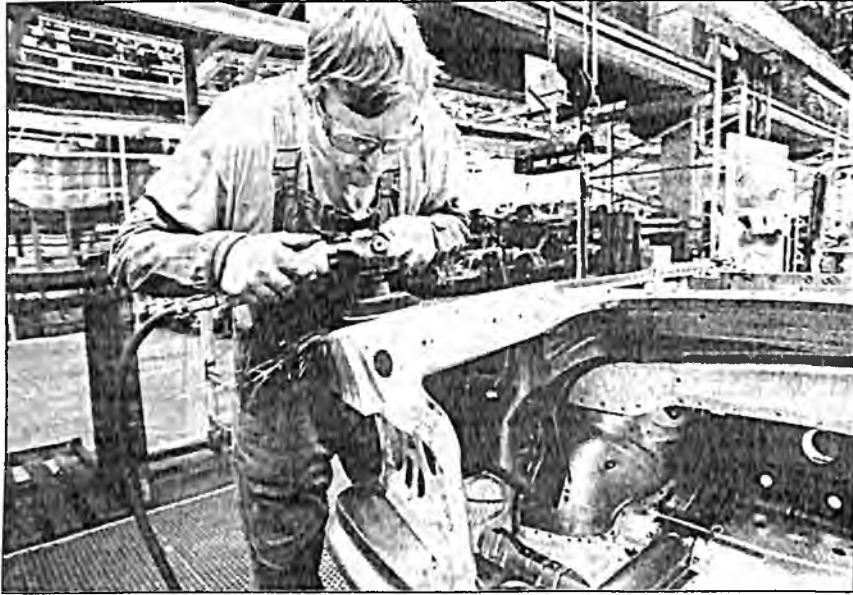
Nacht- und Sonntagsarbeit gehen zu Lasten des Zusammenlebens mit der Familie, der Partnerin und dem Partner, den Kindern und der persönlichen Lebensgestaltung.

Nur eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung kann dazu beitragen, Erwerbsarbeit und Familienpflichten sinnvoll miteinander zu verbinden. (...)

Deshalb:

- Beibehaltung des Ladenschlusses!
- Keine Schlechterstellung für das Backerhandwerk!
- Keine Ausweitung von Nacht- und Sonntagsarbeit! (...)

Quelle: Redemanuskript von Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender, Bonn, 28.4.96



Ein Anstieg der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit um 300.000 Personen auf 3,9 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt (= 10,1% Arbeitslosenquote) erwarten die Wirtschaftsinstitute in ihrem jetzt vorgelegten neuen „Frühjahrsgutachten“. Wenige Tage davor hatte die Bundesbank für 1995 einen neuen Rekordüberschuß im Außenhandel berichtet: 91 Mrd. DM mehr Warenausfuhren als Wareneinfuhren in 1995 (z. Vgl. 1991, dem ersten Jahr nach dem DDR-Anschluß: 21,9 Mrd. DM Ausfuhrüberschuß). Der Kapitalexport, d.h. der Kauf neuer Firmen und Niederlassungen durch deutsche Konzerne im Ausland, stieg 1995 sogar auf 50 Mrd. DM. Dieser Kapitalexport wird 1996 vermutlich weiter ausgeweitet. So soll z.B. Audi (links: Fertigung in Wackersdorf) planen, die gesamte Motorenfertigung in das Billiglohnland Ungarn zu verlegen. Rechtes Bild: Protest gegen Entlassungen bei Burda-Druck in Darmstadt in März dieses Jahres.

Bisher heilige Besitzstände müssen überwunden werden. Das geht nicht ohne eine kleine Revolution: In den nächsten Jahren müssen in Deutschland reale Einkommensverluste akzeptiert werden“, hatte Graf Lambsdorff im März verkündet (Bild, 11.3.). Die CDU/CSU/FDP-Koalition hat nun am 25.4. mit dem Programm „für mehr Wachstum und Beschäftigung“ das Drehbuch für den reaktionären Strukturbruch der Arbeits- und Sozialbeziehungen für die nächsten Jahre geschrieben.

„Wer wagt, gewinnt ...?“

In den ersten beiden Teilen des Programms (Offensive für unternehmerische Selbständigkeit und Wachstums- und beschäftigungsfreundliche Steuerpolitik) sendet die Koalition Signale an eine bereicherungsgierige Klientel. Wer wagt gewinnt, vorausgesetzt, die Bereitschaft existiert, soziale Rücksichtnahmen fallen zu lassen. Der Zugang zu „Wagniskapital“ soll erleichtert werden, die Chance, den Schnitt zu machen unbeachtlich der statistischen Pleitewahrscheinlichkeit, zielt darauf, einen liberalen (und öko-liberalen) Pulk im weiten Feld der europäischen Wirtschaftsbeziehungen hinreichend groß zu halten, um die konservative Wählermehrheit trotz sich verschärfender sozialer Polarisierung hinzuzimmern.

Im Steuerteil des Programms nimmt die Koalition Kurs auf das Management der anstehenden Vererbungs- und reorganisiert verstärkt schon vergessene patriarchalische Ordnungsprinzipien (höhere Absetzbarkeit von privaten Haushaltshilfen als verdiente Erleichterung nach anstrengendem Börsentag plus Mildtätigkeit für Mädchen aus armen Häusern).

Sie vergißt ganz gezielt auch nicht die Nöte der Leitenden Angestellten (Überprüfung der 1996 vorgenommenen Einschränkung bei der Privatnutzung von Dienst- und Geschäftswagen). Zweifellos beinhalten diese Punkte des Koalitionsprogramms eine Umverteilung von Vermögen zu reich. Zweifellos beinhalten sie aber auch – und das wird so gut wie gar nicht beachtet – die sozialtechnische Konstruktion gesellschaftlicher Ausgrenzungs- und Bindungswirkungen, als die Umverteilungskritik zu kurz reifen läßt.

Soziale Grausamkeiten

Im nächsten Programmpunkten ordnet die Koalition eine wahre Parade an „sozialen Grausamkeiten“. Der gesetzliche Kündigungsschutz soll erst für Betriebe mit mindestens 10, nicht bisher mit mindestens fünf Arbeitnehmern gelten, die Kriterien für die Sozialauswahl bei betriebsbedingten

Kündigungen werden festgelegt, dem Betrieb Ausnahmen davon im Falle von „berechtigten betrieblichen Interessen“ zugestanden, die Lohnfortzahlung im gesetzlichen Bereich wird auf 80% des Entgelts reduziert, bei befristeten Arbeitsverträgen sind bis zu drei Verlängerungen möglich, die Befristungsdauer nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz kann künftig 24 Monate betragen, Arbeitslosengeld und -hilfe sowie Sozialhilfe werden im kommenden Jahr auf dem Stand von 1996 eingefroren, das Kindergeld wird erst 1998 statt 1997 erhöht. Vorgesehen sind zudem

Entlassungen. Auch in der Wirtschaft kommen einschneidende Veränderungen in Gang oder zeichnen sich ab. Immer mehr Manager setzen auf Shareholder Value.“ (27.4.)

Unter „Shareholder Value“ wird die konsequente Ausrichtung des Unternehmens auf die Dividende der Eigner verstanden. Alle Kosten, die dem nicht dienen, sind ohne Rücksicht auf bestehende soziale Gepflogenheiten abzuschaffen.

Der „soziale Kompromiß“, ob betrieblich in Form von Sonderzahlungen, guten Arbeitsbedingungen, akzeptierter

Baden-Württemberg scheinen Kohl bestätigt zu haben, daß ein derartiger Gesellschaftszuschnitt mit entsprechender Kalkulationszeitigkeit und Härte durchsetzbar ist.

Beim letzten Kanzlergespräch über ein „Bündnis für Arbeit“ sei nach der Präsentation der Koalitionspläne „eine leichte Vereisung der Gläser auf dem Tisch“ feststellbar gewesen, erklärte DGB-Chef Schulte. Die Gewerkschaften haben versucht, mit den „Bündnis für Arbeit“-Gesprächen kraft vernünftiger Argumente gegen Arbeitslosigkeit die politische Initiative zu gewinnen. Bereits in dem Angebot von Lohnverzicht zugunsten von mehr Arbeitsplätzen war der „Export von Arbeitslosigkeit“ in die Konkurrenzländer der BRD-Konzerne vorgesehen.

Dieses abgedämpfte Standortkonzept, das sich letztlich nur als Methodenstreit über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit entpuppte, war begleitet von einer Fülle betrieblicher Abbruchvereinbarungen sozialer Leistungen und einschlägigen Tarifabschlüssen, z.B. bei Textil, Chemie und Stahl.

Die Krisen großer, gut organisierter Betriebe (Vulkan, DASA, AEG, Philips) führten den Gewerkschaften ihren begrenzten Wirkungsgrad in Sachen Arbeitsplatzsicherung vor, die Koalition hielt ihre Methoden für geeigneter.

Die Koalition sucht die Konfrontation mit den Gewerkschaften

Die Koalition sucht die Konfrontation mit den Gewerkschaften mediengerecht an symbolhaften Gegenständen. Verkündet vor dem 1. Mai als direkter Affront gegen die Arbeiterbewegung und mit dem angekündigten Abbau der Lohnfortzahlung, die im Streik erstritten als zentrale sozialpolitische Nachkriegserrungenschaft zählt, sucht die Koalition nicht nur den materiellen Schnitt, sondern auch die moralische Bloßstellung der Gewerkschaftsbewegung.

An der Tarifbewegung des Öffentlichen Dienstes wird sich unmittelbar zeigen, ob dieses Konzept aufgehen wird.

Die PDS führt gegenwärtig eine Kampagne für eine soziale Grundsicherung durch. Für die Ächtung von Not und Armut dürften sich angesichts der allfälligen Risiken kapitalistischen Wirtschaftens viele mobilisieren lassen. Ohne kritische Auswege aus den Fallen der Wachstums-, Export- und Ertragslogik wird es aber nicht viel Hoffnung geben, die gekonnte Politik der Koalition und des sich durchsetzenden Brutalo-Flügels im Kapitalistenlager zu durchkreuzen. (gka)

(Das Koalitionsprogramm ist in mehreren Zeitungen vollständig dokumentiert worden, u.a. in der „Frankfurter Rundschau“ vom 27.4.96.)

Wohlstandsinseln inmitten von Armut und Risiko

CDU/CSU und FDP formieren den Standort: Das Regierungs-„Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“

viele Einschränkungen bei Renten- und Krankenversicherungsleistungen.

Im Augenblick nicht konkret eingeplant. So heißt es in einem Abschnitt „Arbeitsförderungsgesetz reformieren“: „Die Arbeitslosengeld-Anspruchsdauer wird neu strukturiert, die Anrechnung von Entlassungsschädigungen verändert, die Regelungen über die Versicherungspflicht für kurzzeitig Beschäftigte werden modifiziert, die Rahmenfrist beim Arbeitslosengeld wird erweitert, und die Anrechnungsvorschriften für Nebeneinkommen werden verändert. Es wird ein Teilarbeitslosengeld eingeführt, und die Vorschriften über die Bemessung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe werden verändert.“

Die Tarifbewegung des Öffentlichen Dienstes hat gegen die geballte Willenserklärung der Koalition zu kämpfen: „Angesichts der extrem angespannten Lage der öffentlichen Haushalte steht für Tarifierhöhungen und Besoldungsanpassungen keine Verteilungsmasse zur Verfügung“, heißt es.

25 Milliarden DM will die Koalition mit den Kappungen bei Lohnfortzahlung, Renten, Kindergeld, Krankengeld, Arbeitslosengeld u.a.m. einnehmen.

„Lockerungsübungen“ Nur die Dividende zählt

Unter dem Titel „Lockerungsübungen“ – das Hauptmatch hat also noch nicht angefangen – kommentiert die FAZ: „Die erstarrte deutsche Konsensgesellschaft zeigt erste Zeichen von Beweg-

Mitbestimmung oder gesellschaftlich in Form der Absicherung sozialer Risiken durch Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, durch Arbeits- und Sozialrecht, schadet der gesellschaftlichen, der Standort-Dividende. Diese ist von den Konzernen bzw. ihren Eignern einzustreichen samt dem um sie gescharten Führungspersonal.

Mit diesem – aus den USA übernommenen – Modell vor Augen sind Gewerkschaften und soziale Verbände nicht als vielleicht unbequeme, aber berechtigte gesellschaftliche Kräfte anzuerkennen, sondern als Störgröße auszuschalten.

Arbeitslosigkeit und soziale Fährnisse sind inzwischen in Größenordnungen zu landläufigen Erscheinungen kapitalistischen Wirtschaftens in der Bundesrepublik geworden. Wachstum ist mittlerweile abgekoppelt von der Ausweitung der Arbeitsplätze. Mehr Gewinn läßt sich aufgrund der Entwertung der Arbeitskraft durch den internationalisierten Arbeitsmarkt und den Rationalisierungsvorgängen in Fertigung und Verwaltung ohne Bonusausschüttung an die Belegschaften erzielen. Es stellt sich für die großen Unternehmen und im Gefolge der Zulieferkette für Klein- und Mittelbetriebe das Problem der Haftung für die sozialen Verheerungen, die diese Art zu wirtschaften anrichtet. Mit der Pflegeversicherung waren die Kapitalisten dieser Haftung entronnen, das Programm der Koalition setzt die Verpflichtung weiter fort.

Wohlstandsinseln inmitten von Armut und Risiko ist das liberal-konservative Kalkül, die Landtagswahlen vor allem in

Eliten in den postkommunistischen Gesellschaften

Ost- und mitteleuropäische SozialwissenschaftlerInnen diskutierten mit Hilfe des Goethe-Instituts in Moskau

Von Dieter Strützel

Zur Eröffnung des Instituts für Politikwissenschaft der Jenaer Universität hielt der Adenauer-Biograph Prof. Schwarz (Bonn) den Fest-Vortrag *Europa nach 1989*. Einleitend zitierte er einen Brief von Friedrich II. an Joseph II., in dem der *Große König* vermutete, man könne Preußen und Österreich noch einmal rufen, um die Russen aus Europa zu verdrängen. Die anschließenden Prognosen des Professors fanden auch den herzlichen Beifall des Politologen Dr. Vogel, der immer noch die Thüringer Beratung führt: Der Wohlstandskern Europas müsse durch einen von Polen bis Ungarn, vielleicht bis Slowenien und Kroatien, reichenden Gürtel gegen die unberechenbaren Turbulenzen aus dem Osten geschützt werden. Nicht erneut dürften die sich freiwillig aus Europa zurückziehenden Russen dorthin gerufen werden.

Mühsam entwickeln sich anders gemeinte Beziehungen zwischen der Ostmark einer solchen Festung Europa und Osteuropa.

Schon deshalb verdiente das persönliche Engagement der Professoren W. Jadrow (Moskau) und H. Steiner (Berlin) alle Unterstützung. Sie brachten es fertig, daß vom 27. bis 29. März in Räumen der Russischen Akademie der Wissenschaften zwölf russische Soziologinnen und Soziologen mit sechs deutschen und einem ungarischen Wissenschaftler zum Thema *Eliten in den postkommunistischen Gesellschaften* auf einem Workshop des Goethe-Instituts in Moskau und des Instituts für Soziologie der Russischen Akademie debattierten.

Das Thema signalisierte Gemeinsamkeit. Die Debatte zeigte mehr gravierende Unterschiede. Zwischen den Gelehrten aus den beiden „Zentralmächten“ und dem sein Land selbst als Peripherie definierenden Ungarn. Zwischen den zwei „Wessis“ und vier „Ossis“ aus einem alten und vier neuen Bundesländern. Zwischen fünfzehn institutionalisierten und drei nicht-institutionalisierten Sozialwissenschaftlern, einer Spezies, die im Gefolge der Abwicklung der DDR-Wissenschaft so nur im Osten Deutschlands existiert. Zwischen Sozial- und Kulturhistorikern und -Philosophen und den empirischen SozialforscherInnen. Zwischen den siebzehn WissenschaftlerInnen, *bestenfalls die Elite der Sozialwissenschaft* (Achijeser), und dem einen Schriftsteller, Daniil Granin, einem wirklichen Angehörigen der – kulturellen – Elite des Landes.

Am „normalsten“ erschien, was von der ungarischen (natur)wissenschaftlichen Elite berichtet wurde. Der Konkurrenzkampf um die Integration in die Wissenschaft der Führungsländer dieser Zivilisation geht erleichtert und verschärft weiter. Die schon im Kadar-Sozialismus entwickelte Fähigkeit, unabhängig von staatlicher Finanzhilfe sich und seine wissenschaftlichen Ergebnisse auf den Markt zu bringen, ohne Netz die Jobsuche im Ausland im Wortsinne zu riskieren, ist nun alle politischen und ideologischen Zügel los. Der Preis ist nicht mehr nur ein besseres, freizügigeres Leben, sondern ein Platz jenseits der Armutsgrenze, unter der 40 % der Landsleute leben. *Und setzt ihr nicht das Leben ein ...* Schillers Landsknechtlied in moderner Version.

Ihre russische Fassung war im akademischen Raum nicht präsent. Dazu mußte mensch schon mit den Deshurnajas reden, die jetzt nicht mehr über 50, sondern unter 30 waren, meist Alleiner-

ziehende. Oder mit der Dolmetscherin, Kind aus einer Diplomatenfamilie, die jetzt mit Sprachen und Weltkenntnis zu packen versucht, was für die Mathematiklehrerin nicht mehr erreichbar ist. Oder mit jenem Greis auf dem Alten Arbat, der für ein paar Rubel in fließendem Deutsch maßgeschneiderte Witze (*Sind Sie Ossis oder Wessis?*), die Geschichten eines jeden Hauses auf dem Arbat, Heinrich Heine oder das Lied von Stjopa Rasin feilbietet. Oder einfach Augen und Ohren in den Straßen und auf den Plätzen offenhalten, wo moderne Konsumgüter mit Megaphonen ebenso angepriesen werden wie ein paar frühe Schneeglöckchen nebst einem Kreuzeszeichen und *Gottes Dank* von den stummen Großmüttern Rußlands dargeboten werden. *Wie mit bittender Gebärde ...* Mit 5000 Rubel (etwa weniger als 2 Deutsche Mark, deutlich weniger geachtet als die Leitwährung von Dollar und Cent) sind sie aber immer noch auf dem Markt, im Unterschied zu den Bettlerinnen und Bettlern, die mehr noch als die wiedererstandene Pracht der Kathedralen von der Zählebigkeit der wjet-schnaja Rus, des ewigen Rußlands, zeugen. Slawa trudu, Ehre der Arbeit, kündigt es immer noch von den Obelisk und Sternen rund um den Proletarij (ältester Stadtteil aus der Zeit der ersten Fünfjahrespläne, D.S.). Den Beinamen Krasnyj gebrauchen die stadtführende Professorin und der Meister hinter dem Lenkrad des alten akademieeigenen Kleinbusses, der alle berühmten Moskauer Fabriken zeigt, ehrlicher Weise nicht mehr. *Moskau gründlich verändert und Moskau ist unverändert*. Beides steht nicht nebeneinander, wie der Alexandergarten ohne Ehrenwache, ewige Flamme und die vielen Blumen neben dem *Don Moskva* (einem schlanken Shukow auf graziösem Pferdchen) und der Braut im weißen Mini-Minirock, die mitten im eisigen Schneegestöber die Blumen zum verlassenem Mausoleum trägt. Das alte Leben unter neuen Bedingungen ist allen und allem eingeschrieben, die wir in diesen wenigen Tagen trafen.

Die Alltagserfahrung wird wichtig, wenn die verschiedensten Untersuchungen, im Maßstab des Landes oder einzelner Regionen, belegen; Die neuen Eliten sind zu zwei Dritteln die alten. Der Anteil der Neuen, nur zum Teil aus den Gegeneliten der Zeiten zwischen Chruschtschow und Gorbatschow, ist schon wieder rückläufig. Und doch sind die Veränderungen bedeutsam. Die mittlere und vor allem die jüngere Generation haben ihre langen Märsche aus der zweiten in die erste Reihe der Elite „revolutionär“ verkürzt. Sind für die Aufstiege die alten Stufen – von der administrativen über die wirtschaftliche in die politische Elite – weiterhin bestimmend, so erfolgt der Abstieg meist in umgekehrter Richtung. In den Regionen hat der Wegfall der Unionsebene den Weg an die unumschränkten Spitzen wesentlich verkürzt, das Übergewicht der Fremden gegenüber den Einheimischen weitgehend beseitigt, vielfach verkehrt. Ganz neu sei ein immer stärkeres Verschmelzen von politischer und finanzwirtschaftlicher Elite, was von den betreffenden Forscherinnen und Forschern sehr kontrovers bewertet wurde.

Neu auch die harsche Kritik der SozialwissenschaftlerInnen an der politischen Elite. Die junge Dame aus dem Amt des Präsidenten schien da wenig zu stören. Übereinstimmend die Kritik an der

Entscheidungsschwäche der Eliten, was mehrfach mit ihren fehlenden oder zögerlichen Konzeptionen für die unmittelbare oder gar fernere Zukunft verbunden war als mit konkreten Inhalten. (Die Dolmetscherin während der Stadtekkursion auf die Frage *Mit welcher Perspektive lebt man unter solchen Bedingungen? Für ein Jahr oder für den nächsten Tag? – Für die nächste Woche.*) Bei aller Orientierung auf den Westen, oder das, was man dafür hält, eine westliche Marktwirtschaft oder eine westliche Staatsform wird bei den – zahlreichen – Befragungen unter den Eliten nicht viel öfter genannt als eine sowjetische. Zwei Drittel suchen eine *spezifisch russische Variante*. Was das ist oder sein soll, ist nicht in Erfahrung zu bringen.

Um so kräftiger die Orientierung auf die naheliegenden Aufgaben von Eliten – die Akkumulation von Macht und Eigentum. Daß die frühere Verfügungsgewalt über die Schätze des Landes jetzt durch die Eigentumsrechte statt durch Erbschaften abgesichert ist, weiß jedenfalls die Elite zu schätzen, während die vielen tausend kleinen Eigentümer, wie sie die legale oder illegale Privatisierung geschaffen haben, die praktische Verfügung höher schätzt als das Kleineigentum, mit dem nichts Rechtes anzufangen ist. Nicht einmal die eigene Not zu bannen.

Doch die Suche nach einem spezifisch russischen Weg rührt nicht nur aus Orientierungsschwierigkeiten angesichts rasch verfliegener Illusionen her. Daniil Granin fragt, als er von der Liebe Peter I., über den er wieder einmal schreibt, zu Deutschland spricht: *Aber die Deutschen lieben die Russen nicht?* Die Dolmetscherin fragt, als sie von meinem Sohn hört, der in den Ferien nach Petrograd (so Granin unter Verweis auf die russische Geschichte) will: *Liebt er Rußland?* Und die Frau im Antiquariat, die zwischen Revolutionsplakaten und Zeitschriften wohl hingehört hat, will wissen: *Warum kommen immer weniger Deutsche als Touristen? Warum haben sie solche Angst vor uns?* Ungläubig-sehnsüchtig hört Granin zu, wenn sich die Ossis seiner Bücher erinnern. Die leidenschaftliche Professorin bei der Stadtführung ist nie so aufgeregt wie in dem Augenblick, als die Fremden etwas mit dem Künstler-Theater verbinden. Oder: *Was? Sie kennen Schukschin?* Als ich vorm eigenen Beitrag in meinem mangelhaften Russisch (sonst wird alles simultan gedolmetscht) meiner Bewegung Ausdruck gebe, nun endlich einmal denen zu begegnen, deren Arbeiten meinen Weg als Soziologe prägten, und von dem Gefühl der nahen Fremden, der fremden Nächsten spreche, das seit der Begegnung mit den ersten Russen im Juni 1945 anhält, verraten die ganz stillen, sehr persönlichen Reaktionen den Kern solcher Fragen: *Ist denn alles vergessen.* Eine Umkehrung des Satzes der Achmatowa auf dem Friedhof der Leningrader Blockade-Opfer: *Nichts und niemand ist vergessen.* Ich ahne, warum Granin entschieden meint, der 2. Weltkrieg sei kein Thema mehr für ihn. Der eine Schmerz ist in einen anderen übergegangen. Die Fähigkeit zu erinnern als Voraussetzung und Chance des Lebens, als Gegenwehr gegen Verklärung und Abschwören. Die Jenaer Vorlesung und das wiederholte *Sie müssen nun endlich ...!* eines unserer westdeutschen Kollegen warnen nachdrücklich vor der Alternative.

Aus schmerzlicher Erfahrung kommt dann wohl auch der Streit unter den russischen KollegInnen, was Sozialwissenschaften angesichts der Führungsschwäche der Elite zu tun hätten: Kritik und eigene Konzepte oder Beobachtung und nüchternes Registrieren der Tatbestände.

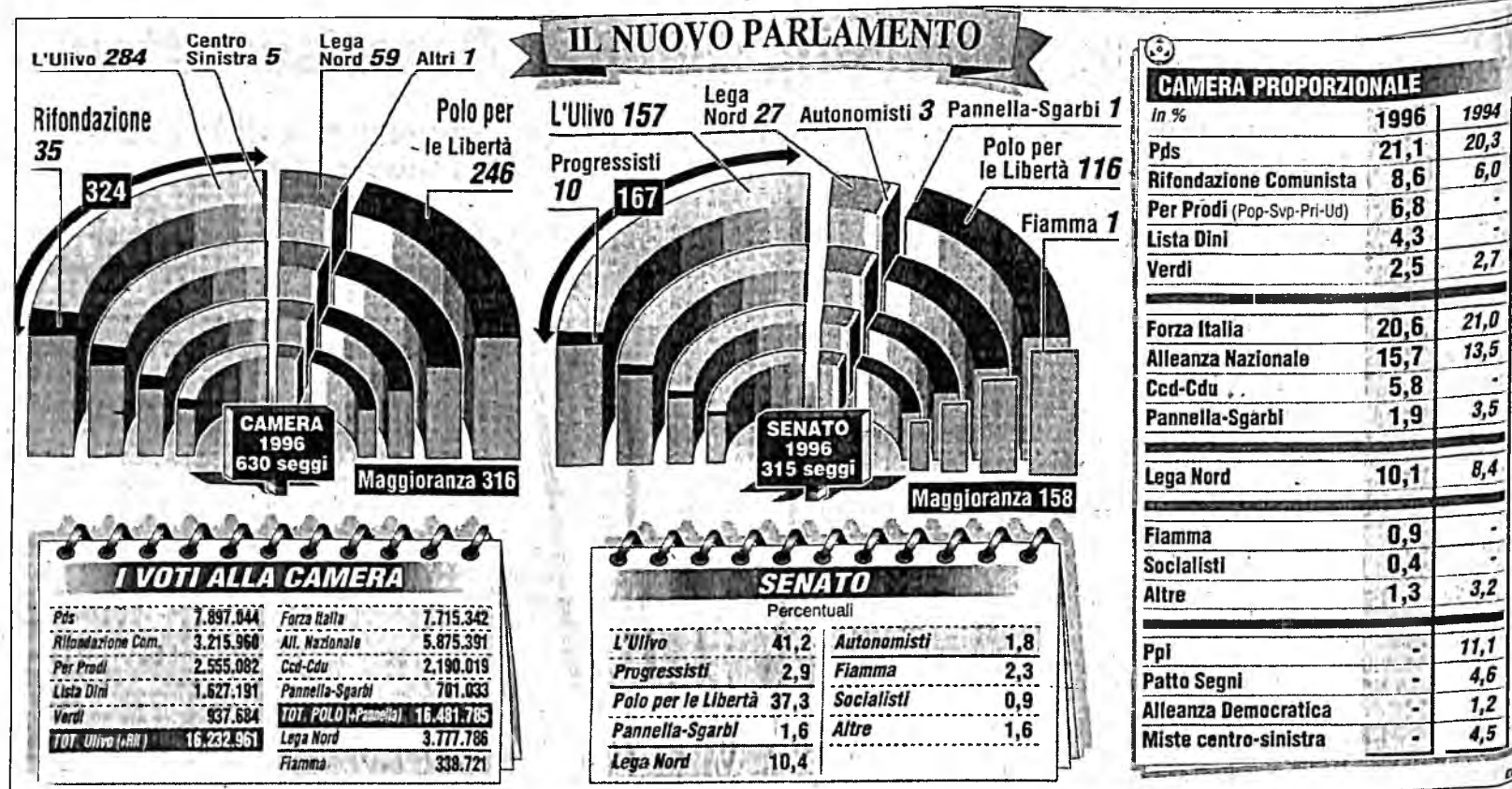
Granin skizzierte genau und ohne Verklärung die Erfahrung der dissidenten Intellektuellen: Kritik, Hoffnung und deren Instrumentalisierungen von Chruschtschows Tauwetter bis zu Jelzins Reformen. Achijeser ordnete sie ein in die Geschichte der russischen Intelligenz: Getrennt vom Volk durch Bildung und die Aussicht auf materielle Besserstellung, gebraucht von den Mächtigen für Herrschaftssicherung und Modernisierung, verfolgt sie zwei alternative Wege – mit dem Volk wieder eins zu werden oder durch das Bündnis mit der Macht einen großen und allmächtigen Staat zu schaffen, über den ihre Ideen zu den Ideen des Volkes werden könnten. (Lenin ist dabei die tragische Illusion, beide Wege verschmelzen zu können.)

So erschien dann auch die von B. Firsov, dem Rektor der privaten Europäischen Universität St. Petersburg, vorgestellte Typologie der Eliten nach ihrem Verhältnis zur Macht als der überzeugendste Versuch. Seine Belege aus Interviews mit hauptstädtischer Elite in Rußland (St. Petersburg statt Moskau), Polen und Ungarn machten wirklich gespannt. Zu den Aktiva des Workshops dürfte nicht zuletzt gehören, daß nun auch Berlin an dieser vergleichenden Untersuchung beteiligt ist.

Eine dritte wesentliche Bezugsgröße für Elitenentwicklung ist offenbar die Verfügung über kulturelle Kapitalien. Sowohl Schubkin (Moskau) wie auch E.G. Meyer (Berlin) und G. Bathge (Halle) wiesen für heutige russische wie für frühere DDR-Verhältnisse nach, wie stark Eliten ihre Vormachtstellung über Bildungsprivilegien reproduzieren. Der Rückzug des russischen Staates aus der Finanzierung von Bildungsinstitutionen vom Kindergarten bis zur Akademie (alle russischen KollegInnen erhalten ihre kargen Entgelte nur unregelmäßig), der damit gegebene Zwang, Bildung und Können meistbietend zu verkaufen, treiben die soziale Apartheid nicht weniger tief in die Gesellschaft als die Einkommensunterschiede. Wo schon die GUM (Moskauer Kaufhaus) mit deutschen Preisen bei russischen Einkommen nur noch Einkaufsstätte für die sehr Reichen und die Reichen ist, muß der Anspruch eines führenden Mannes aus der Umgebung des Präsidenten die anderen drei Viertel der 10 Mio. Moskauer tief beunruhigen: *Moskau ist die Hauptstadt. Wer hauptstädtische Preise nicht zahlen kann, muß ja nicht hier wohnen.* Beim Kaufen kann mensch ausweichen. Millionen beim Wohnen kaum. Die Unterschiede zwischen einem nicht sehr teuren und einem städtischen Kindergarten, die von der Dolmetscherin im eigenen Haus erfahren werden, oder zwischen der staatlichen Universität und der privaten Europa-Universität in St. Petersburg, von denen Firsov berichtete, hinterlassen lebenslange Spuren. Nicht nur in einzelnen Biographien.

So erschienen den Russen die Existenz von Eliten, die Gründe, die zu ihrer Entstehung und Reproduktion führen, auch problematischer für eine offene, demokratische Gesellschaft als den meisten Deutschen. (...)

(Aus Platzgründen leider gekürzt)



Sitzverteilung und Stimmresultate (Schaubild: Corriere della sera, 23.4.96): Oben links: Sitzverteilung in der Abgeordnetenkammer; oben Mitte: Sitzverteilung im Senat (Als Progressisti kandidierte hier Rifondazione comunista); unten links: die absoluten Stimmen aus der Proportionalwahl für die Abge-

ordnetenkennter; unten Mitte: prozentuale Stimmresultate für die Parteien aus der Proportionalwahl für den Senat; rechts: prozentuale Stimmresultate der Parteien aus der Proportionalwahl für die Abgeordnetenkennter im Vergleich zur letzten Wahl.

Rückkehr der Rechten gestoppt, Reformpolitik aber nicht garantiert

Ein Bericht über die Parlamentswahl in Italien

„Kopf an Kopf“ hatten die Wahlforscher die beiden Lager bei der Parlamentswahl am 21. April gesehen: das „Mitte-Links-Bündnis“ Ulivo (Ölbaum) und das „Mitte-Rechts-Bündnis“ Polo per le Libertà (Pol für die Freiheiten). Das Ergebnis war dann aber klar: Ulivo erreichte zusammen mit der Partei der kommunistischen Neugründung (Rifondazione comunista) in beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit der Sitze und kann damit die Regierung bilden.

Die Rechte konnte ihren Wahlsieg von 1994 nicht wiederholen, Berlusconi's Forza Italia und der neofaschistische Alleanza nazionale (AN) gelang die Rückkehr an die Regierung nicht. Damit sind die Gefahren, die ein rechter Wahlsieg unmittelbar gebracht hätte – wie Einführung eines Präsidialsystems und Übernahme des Präsidentenamts durch den AN-Präsidenten Fini – abgewehrt. Alleanza nazionale hat zwar an Stimmen zugelegt, aber nicht in dem befürchteten Umfang. Nicht AN oder Forza Italia, sondern die aus der früheren Kommunistischen Partei hervorgegangene Demokratische Partei der Linken (PDS) ist stärkste politische

Kraft und erstmals Regierungspartei geworden. Rifondazione comunista hat erheblich an Stimmen dazugewonnen. Die neue Mehrheit bietet jedenfalls die Möglichkeit für eine Reformpolitik.

Wirkung der Mehrheitswahl

Die nähere Beleuchtung des Ergebnisses zeigt aber auch die Probleme. Die neue Regierungsmehrheit kommt nicht aus einer allgemeinen Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links, sondern ist der Spaltung der rechten Parteien und dem Wahlsystem geschuldet. Die Lega Nord, die vor zwei Jahren im Bündnis mit Berlusconi und Fini antrat, also auch mit gemeinsamen Kandidaten in den Wahlkreisen, kandidierte diesmal allein und gegen alle an-

deren. Angesichts des Mehrheitswahlrechts, mit dem drei Viertel der Abgeordneten und Senatoren gewählt werden, fielen dadurch zahlreiche Wahlkreise dem Ulivo zu. Auch ein Blick auf den Proportionalanteil des Wahlergebnisses (s. Schaubild), wo für Parteien entsprechend der eigenen Neigung abgestimmt wird, zeigt, daß die Linke keine gesellschaftliche Mehrheit hat: Die Parteien des rechten Pols haben hier etwa 250.000 Stimmen mehr erhalten als Ulivo plus Rifondazione comunista. Nimmt man noch die Stimmen der Lega Nord dazu, wird dieser Aspekt noch deutlicher.

Eine Reformpolitik wird aber auch durch die Zusammensetzung des Ulivo erschwert werden. Das siegreiche Bündnis vereint sehr verschiedene poli-

tische Kräfte, von den Linksdemokraten über Grüne, frühere Christdemokraten und Liberaldemokraten bis hin zur „italienischen Erneuerung“ des selbsterhaltenen Ministerpräsidenten Dini, der fest im Lager des industriellen und Finanzkapitals verankert ist. Auch der künftige Ministerpräsident Prodi, Wirtschaftspräsident aus Bologna, hat sich als Sanierer von Staatsbetrieben seinen Namen gemacht. Börse und Finanzmärkte haben auf das Wahlergebnis deshalb auch mit höheren Aktienkursen und der Stärkung der Lira reagiert.

Programm des Ulivo

Im Programm des Ulivo sind Reformen sparsam gesetzt und mit einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ge-

koppelt: Die Arbeit steht ganz oben, und Arbeitsplätze sollen auch bei Umweltschutz und Stadterneuerung entstehen. Aber vorrangige Mittel sollen ein Investitionsprogramm für die Unternehmen mit Kredit- und Steuererleichterungen sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeit sein. Als institutionelle Reform ist eine Dezentralisierung des Lan-



des in Richtung Föderalismus geplant, zugleich soll aber auch die Stellung des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten gestärkt werden. Auf sozialem Gebiet sollen Dienste, Kinder- und Gesundheitswesen verbessert werden. Zugleich sollen aber auch Unternehmenssteuern gesenkt und für eine zielstrebige Integration Italiens in die künftige Europäische Union Staatsschulden abgebaut werden. Hier wird die Politik der Regierungen Ciampi und Dini mit sozialen Einschnitten fortgesetzt werden.

Dabei stört die entscheidende Rolle, die Rifondazione comunista bei der Regierungsbildung spielt. Kaum stand das Wahlergebnis fest, haben auch schon Überlegungen und Versuche begonnen, Rifondazione aus dieser wichtigen Position herauszuboxen, indem Kräfte aus dem rechten Pol oder von der Lega Nord in das Regierungslager gezogen werden sollen. Auch wenn diese Bemühungen keinen schnellen Erfolg haben und vielleicht scheitern, ist die Lage für Rifondazione trotz des guten Stimmenergebnisses kompliziert.

Rifondazione comunista: weder Regierung noch Opposition

Seit der Gründung vor fünf Jahren hat Rifondazione die „große kommunistische Partei der Opposition“ propagiert. Das Zusammengehen mit dem Ulivo in den Wahlkreisen war nun die einzige Möglichkeit, den Wahlsieg der Rechten zu verhindern. Mit dem Wahlergebnis ist Rifondazione in eine völlig neue Lage geraten. Die Stimmen der kommunistischen Abgeordneten sind entscheidend für die Regierungsbildung, insofern kann Rifondazione nicht einfach als Oppositionspartei weitermachen. Gleichzeitig sind aber die Differenzen zum Regierungsprogramm Prodis so groß, daß

Rifondazione sich nicht an der Regierung beteiligen könnte, ohne die eigene Identität zu verlieren. Deshalb vertritt der Parteivorstand eine Linie „Weder in die Regierung noch in die Opposition“. Rifondazione will zunächst ohne Vorbedingungen im Parlament den Ministerpräsidenten Prodi wählen. Danach soll aber die neue Regierung drei zentrale Anliegen aufnehmen: den Schutz von Löhnen und Renten durch einen neuen automatischen Teuerungsausgleich (Wiedereinführung der Scala mobile), Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden ohne Lohnminderung, höhere Vermögenssteuer auf hohe Einkommen und Renditen. Mit Prodis Vorstellungen von der Regierungspolitik decken sich diese Forderungen, die für Rifondazione Bedingungen für die weitere Unterstützung der Regierung sind, nicht.

Das gilt ebenso für die weiteren Forderungen im Wahlprogramm von Rifondazione: Rücknahme der Rentenreform der Regierung Dini mit der Heraufsetzung des Rentenalters; Rückkehr vom (vorrangigen) Mehrheitswahlrecht zum Proportionalwahlrecht; Aufhebung der Strafbarkeit für leichtere Vergehen, Legalisierung leichter Drogen, Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Rücknahme des Dekrets der Regierung Dini zur Verschärfung der Lage der Eingewanderten, Kommunalwahlrecht für Ausländer; „Kampf gegen den Vertrag von Maastricht“, der nicht in italienisches Recht umgesetzt werden soll; Überwindung der Militärallianzen, angefangen mit der Nato.

Neben der hartnäckigen Auseinandersetzung um die drei zentralen Forderungen will Rifondazione in enger Beziehung zu sozialen Bewegungen bleiben, um sich Handlungsspielraum zu erhalten.

Quellenhinweis: *il manifesto*, versch. Ausgaben (rok)

Wie wurde gewählt?

Nach der Wahlrechtsänderung von 1993 werden die beiden Kammern des Parlaments, Senat und Abgeordnetenversammlung, in einem gemischten Verfahren gewählt. Drei Viertel der 315 zu wählenden Senatoren sowie der 630 Abgeordneten werden seitdem nach dem Mehrheitswahlrecht in einem Wahlgang bestimmt. Gewählt ist hier also, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen erhält. Das restliche Viertel von Senatoren und Abgeordneten wird nach dem Proportionalwahlrecht gewählt, also nach den Stimmanteilen, die auf die jeweiligen Parteilisten entfallen.

Bei der Wahl der Abgeordneten nach



Bossi Lega Nord hat mit landesweit 10,1% über alle Erwartungen gut abgeschnitten. In der Lombardei im Norden und in Venetien und Friaul Ju-

lich-Venetien im Nordosten ist sie sogar stärkste Partei geworden. Den großen Stimmenzuwachs hat die Lega erreicht, obwohl sie gegen die beiden großen Lager „Mitte-Links“ und „Mitte-Rechts“ antrat und obwohl das Mehrheitswahlrecht erfahrungsgemäß auf zwei große Blöcke hintendiert. Die vielen Wähler der Lega hatten offensichtlich nicht die Befürchtung, daß ihre Stimmen „verloren“ sein könnten. Auch der Ausstieg aus dem Bündnis mit Berlusconi und Fini hat der Lega nicht geschadet; im Gegenteil, sie hat die bei der letzten Wahl an Forza Italia verlorenen Stimmen zurückgeholt. Bossi hat erfolgreich

Proportionalwahlrecht besteht eine Sperrklausel. Nur wer landesweit mit der Parteiliste mindestens 4% erzielt, kommt zum Zug (die Grünen sind hieran mit 2,7% gescheitert; allerdings haben sie über erfolgreiche Bewerber beim Mehrheitswahlrecht Abgeordnete im Parlament). Wahlalter für die Abgeordnetenversammlung ist 18, für den Senat 25.

Die Wahlbeteiligung am 21. April – bezogen auf die Mehrheitswahl – lag bei 82,7% (1994: 86,1%). Es war die niedrigste Beteiligung an einer Parlamentswahl in der Geschichte der italienischen Republik. Hinzu kommt, daß 3 200 000 Stimmzettel, fast 8% der abgegebenen Stimmen, ungültig gekennzeichnet oder weiß waren.

unter den Losungen „Padania unita“ (Vereinigte Poebene) gegen „Roma ladrona“ (Räuber-Rom) die secessionistischen Töne wieder verschärft und mit einem Gegenparlament in Mantua gedroht. Mit der Steuerfrage hat Bossi offensichtlich große Teile der Gesellschaft in Norden und Nordosten, insbesondere das kleine und mittlere Eigentum, mobilisiert.

Diese Entwicklung in den reichsten Regionen Italiens dürfte auch mit der europäischen Integration und speziell der Auseinandersetzung um die gemeinsame Währung zusammenhängen. Der Vertrag von Maastricht bedroht die Einbindung Italiens in die gemeinsame Währung. Der industrielle Norden Italiens fürchtet um den Anschluß an die internationalen Märkte. Die Politik der Lega, den Norden immer mehr vom Rest des Landes zu lösen, führt objektiv dazu, diese Regionen an den Wirtschaftsraum jenseits der Alpen anzuschließen und die faktische Geltung des künftigen Euro im italienischen Norden durchzusetzen.

Die Zeit der neuerlichen Invasion Israels in den südlichen Teil des Libanon war passend; nach der allseitigen Unterstützung durch den Gipfel „gegen den Terrorismus“ in Kairo vor wenigen Wochen, wo sich die neue Weltbourgeoisie vereint die Hände hielt; rechtzeitig vor den Wahlen in Israel in einigen Wochen (29.5.), damit sich erneut die „starke Hand“ aus den „Früchten des Zorns“ herausgeschält hat – da schlägt die technologische Übermacht in einer erneuten Intervention der israelischen Führung in den Libanon wieder mal Hunderttausende in die Flucht in den Norden des Landes und nach Beirut. Sicherheit gibt es für die LibanesInnen nicht, das sollte auch der Angriff auf das Flüchtlingslager unter UN-Kontrolle (Kana) dokumentieren, nunmehr legitimiert mit der „Begründung“, der israelische Geheimdienst könne seine Augen ja nicht überall haben und hätte daher nicht gewußt, dort hielten sich lediglich Flüchtlinge auf. Frauen und Kinder auf der Flucht ermordet, das übliche Bild solcher Kriege, an die man sich schon gewöhnt hat.

Gelöst wird damit nichts – außer einer westlichen gestützten Demonstration der militärischen Stärke („Kettenhund des Imperialismus“, Bloch), außer einer propagandistischen Aufbereitung der alten und neuen Feindbilder, außer einer elendigen Tragödie für die unmittelbar Betroffenen. Um es nochmals festzuhalten: Seit 1982 ist der Süden des Libanon von der mit Israel verbundenen sog. SLA-Armee besetzt und dient als Pufferzone für taktische und gezielte Ausfälle und tendenzielle Expansionsbestrebungen zionistischer Interessen.

Seit dieser Zeit weigert sich die Regierung in Tel Aviv, in Verhandlungen um einen Abzug der SLA-Milizionäre und eigenen Besatzungstruppen einzutreten. Die Reaktion im Libanon war,

daß an das Heil im Islam glaubende Gruppen – z.T. mit Unterstützung der palästinensischen Anti-Arafat-Fraktion – sich immer wieder auf die weitreichende Unzufriedenheit in der libanesischen Bevölkerung stützen konnten

auch die libanesische Regierung inzwischen nicht mehr einfach distanzieren kann, wenn sie nicht ihre eigene Unterstützung verlieren will. Nabib Berri, Parlamentspräsident und früher Amal-Fraktion, muß die Basis der Hizbollah

Israels neuer Überfall auf den Libanon

und daraus ihre Basis für gelegentliche Raketen-Attaken in den Norden Israels zogen. Eine Hizbollah, die inzwischen eine relative Machtbasis im Libanon besitzt, getragen von Sozialprogrammen und militärischem Konfrontationsvermögen. Gegenüber der sich

anerkennen; die gesamte libanesische Bevölkerung (die teilweise früher noch Israels Invasion guthieß) stellt sich nunmehr auf die Seite von Hizbollah und ihren Märtyrern. Dieses Phänomen ist auch in anderen arabischen Ländern zu beobachten und droht in westlichen Medien immer schnell dämonisiert zu werden. Eine (auch kritische) Auseinandersetzung findet damit leider eher nicht statt.

Einer Lösung der territorialen Fragen – zusammen mit dem Golan – konnte sich Israel bislang deshalb entziehen, weil ihnen in dieser Auseinandersetzung die Rückendeckung der westlichen Machthaber überwiegend sicher war. Diese wurde nun ergänzt – und das ist eher neu an der Konstellation – durch das Schweigen eines Teils der arabischen Welt und der Arafat-Fraktion. Diese wollen lieber den schwachen sogenannten Frieden mit Israel schließen und sich daher bei der okzidentaltischen Bourgeoisie



(Rußland inbegriffen!), z.B. während des Treffens in Kairo, einreihen – als die Interessen der Armutsbevölkerungen wahrzunehmen, die von einem „Friedensschluß“ nichts erwarten können. Markant, wie die palästinensische Führungselite zeitgleich mit der neuerlichen militärischen Konfrontation im Libanon ihren Kongreß in Gaza organisiert und als „bedeutenden Schritt zum Frieden“ ihre PLO-Charta in entscheidender Weise annulliert – darüber hinaus sich an der israelischen Bekämpfung von Hamas aktiv beteiligt.

Innerhalb der israelischen Bevölkerung präsentiert sich Peres damit auch noch als der Garant der militärischen Option; gewinnt damit Stimmen zurück, die sich auf die Seite der Likud-Opposition schlagen wollten. Gleichzeitig öffnet er damit die Türen für neue Demütigungen der islamischen Opposition in der palästinensischen Bevölkerung, die ihrerseits – unter Führung von Hamas – den Kreislauf der Aktion-Reaktion erneut bewegen und bestätigen wird und sich blutig für diese militärischen Schläge rächen wollen. Eine politische Perspektive ist nicht vorhanden; die Konfrontation wird auf der militärischen Ebene gesucht, und niemand sollte sich über den nächsten Gegenschlag wundern. Durch den kurzfristig ausgehandelten Waffenstillstand hat sich daran nicht viel geändert.

Bleibt allenfalls anzufügen, daß die in Deutschland lebenden libanesischen Flüchtlinge mit ihrer Angst recht behalten hatten, es handle sich um eine sehr brüchige Friedhofsruhe in ihrem Land, die bald wieder durch neue Eskalationen überdeckt werden könnte – was die deutsche Regierung allerdings nicht daran hindert, Beirut als inländische Fluchtoption für den Libanon zu formulieren – und abzuschleichen! (mc)

129a-Verfahren in Stammheim gegen vier kurdische Angeklagten

Ein Bericht von den ersten drei Verhandlungstagen

Der 1. Verhandlungstag:

Eigentlich war vor Prozeßbeginn eine Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Stammheim geplant. Aber obwohl in einem vorab stattgefundenen Gespräch zwischen Ordnungsamt, Polizei und der Anmelderin der Kundgebung von polizeilicher Seite betont wurde, keine Eskalation voranzutreiben, war das Bild am Morgen des ersten Verhandlungstages in Stammheim und Umgebung von zahlreichen Straßensperren bzw. Polizeikontrollen gekennzeichnet. So wurden die Ankomenden aus einem Polizeiwagen heraus gefilmt, ihre Ausweise kopiert und sie selber zum Teil wieder nach Hause geschickt. (...) Dementsprechend zogen es viele kurdische Menschen aus Angst vor weiteren Repressalien vor, sich aus der „Gefahrenzone“ zu entfernen. Aus diesem Grund wurde keine Kundgebung durchgeführt.

Nachdem dann die in Stammheim üblichen degradierenden Einlaßkontrollen beendet waren, begann der Prozeß mit einstündiger Verspätung. Neben dem fünfköpfigen Gericht, den zwei Ersatzrichtern, den zwei Staatsanwälten und den fünf staatlich eingesetzten Dolmetschern waren acht VerteidigerInnen (jeweils zwei pro Angeklagtem), deren vier Vertrauensdolmetscher und etwa hundert BesucherInnen im Gerichtssaal.

Als der erste Angeklagte Mehmet Sirin Üner in Handschellen hereingeführt wurde, wurde er minutenlang mit Händeklatschen und Parolen begrüßt. Der am 5. Strafsenat am Oberlandesgericht neu eingesetzte Richter Steinbach (ehemals Amtsrichter in Tübingen) ließ es sich nicht nehmen, eine von ihm angeordnete Saalräumung bei Wiederholung der Begrüßungszeremonie ins Protokoll aufnehmen zu lassen. Allerdings ließen sich die anwesenden BesucherInnen dadurch nicht beeindrucken. Jeder weitere hereingeführte Gefangene (Mehmet Nuri Akdeniz, Mehmet Ka-

rayilan und Zülfiye Sanli) wurde lautstark und solidarisch begrüßt. (...)

Nach langer Debatte wurde schließlich der Bundesanwaltschaft das Wort erteilt. Es begann das seitenlange Vorlesen der Anklageschrift, welche einen Wirrwarr verschiedener Führungsebenen innerhalb der PKK konstruiert, die weder voneinander abgegrenzt seien noch deren Aufgaben darin klar ersichtlich werden könnten. (...) Die hier Angeklagten sollen für die Gebiete Ulm, Stuttgart, München und Karlsruhe zuständig gewesen sein. Allerdings kann keinem von ihnen eine irgendwie konkrete Straftat nachgewiesen werden. (...)

In der Mittagspause wurde dann vom „Komitee zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen“ zu einer Pressekonferenz eingeladen. Dort erklärte der Bruder eines Angeklagten, daß der Vorwurf einzig sei, daß er sich für sein Volk eingesetzt habe. „Wenn er deswegen als Terrorist verurteilt werden wird, dann sind wir alle Terroristen!“

Zuvor hatten Vertreter des Komitees und Rechtsanwalt Heimig noch mal klargestellt, daß das Ziel des Prozesses als „versuchte Verschleierung der deutschen Beteiligung am Krieg gegen das kurdische Volk“ zu betrachten ist. Ausdrücklich wurde von ihnen erneut auf den von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstand im Dezember 1995 hingewiesen. Die Pressekonferenz war sehr gut besucht, auch wenn sich das am nächsten Tag in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien nicht niederschlug.

Der Nachmittag begann mit dem von RA Stengert eingebrachten Einstellungsantrag des Verfahrens. Inhaltlich bezog er sich auf die faktische Vorverurteilung ihrer Mandanten durch die Medien. So sei der Hintergrund des Verfahrens eine „systematische Presse- und Öffentlichkeitskampagne der Bundes- und Länderregierungen gegen KurdInnen“. (...)

Der 2. Verhandlungstag

Er begann damit, daß der Richter den von RA Stengert gestellten Antrag auf Verfahrenseinstellung zurückwies. (...) Daran anschließend stellte RA Heimig einen Antrag, das Filmen von Prozeßbesuchern zu unterbinden, da es sich um „eine unzulässige Einschüchterung und Behinderung der Öffentlichkeit“ handle. Der Richter gab an, das Problem in der Mittagspause mit dem Einsatzeleiter zu erörtern.

Nach der Mittagspause setzte sich der Prozeß mit den üblichen Auseinandersetzungen wegen der Dolmetscher fort. (...)

Es ging weiter mit dem nächsten Antrag auf Einstellung des Verfahrens aufgrund des Vorliegens eines Verfahrenshindernisses. RA Kronauer arbeitete in seinem Antrag sehr genau die Unstimmigkeiten in der Anklageschrift heraus. Zum einen betonte er nochmals, daß die PKK als Auslandsorganisation in der BRD juristisch nicht zu verurteilen sei. Zum anderen sei selbst die Existenz dieser angeblichen Teilorganisation innerhalb der PKK sehr fragwürdig. Er zeichnete ausführlich die Entwicklungsgeschichte des Paragraphen 129 bzw. 129a auf und wie er bisher seit dem KPD-Verbot 1956 angewendet wurde. Er wies auf den Widerspruch hin, auf der einen Seite in der PKK eine zentralistische, streng hierarchisch gegliederte Organisation zu sehen, deren höchstes Organ A. Öcalan in Syrien sei, und auf der anderen Seite zu behaupten, jeder, der dort organisiert ist, sei willentlicher und eigenverantwortlicher Mitentscheidungsträger. (...)

Der 3. Verhandlungstag

Zu Beginn stellte der Richter fest, daß die Entscheidung bezüglich der Einstellung des Verfahrens um eine Woche verschoben sei, da die Bundesanwaltschaft schriftlich dazu Stellung beziehen wolle. (...)

Erst kurz vor der Mittagspause begann Mehmet Karayilan mit dem Verlesen der Prozeßerklärung, die er im Namen aller Angeklagten vortrug. Er bezeichnete das Verfahren als „Fortsetzung der deutsch-türkischen Kriegsallianz gegen das kurdische Volk“. Sie würden die Anklageschrift nicht anerkennen, da der Befreiungskampf unter Führung der PKK in der BRD juristisch nicht zu verurteilen sei. Auch wenn einzelne Menschen hier angeklagt seien, richte sich der Prozeß gegen den Freiheitswillen des gesamten kurdischen Volkes. In der den restlichen Tag beanspruchenden Erklärung erörterte Karayilan die Angriffe des deutschen Staates gegen hier lebende KurdInnen, die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit der deutschen und türkischen Regierungen sowie den geschichtlichen Hintergrund der deutsch-türkischen Beziehungen. Karayilan stellte fest, daß schon bei dem Völkermord am armenischen Volk deutsches Militär, deutsche Waffen und deutsches Geld beteiligt waren, und zog Parallelen zu dem heutigen Vorgehen der BRD gegen das kurdische Volk.

Die politische Erklärung der Angeklagten wird an den folgenden Prozeßtagen weitergehen. Die Erklärung wird nicht für das Gericht gehalten, sondern für die Öffentlichkeit. Kommt deshalb zahlreiche!

(Bericht eines Mitglieds des Komitees zur Unterstützung der kurdischen politischen Gefangenen)

Die nächsten Prozeßtermine sind 30. April, 7. Mai, 8. Mai, 15. Mai, 19. Mai, Beginn jeweils 9.15 Uhr. In Stammheim sind strenge Einlaßkontrollen, darum auf alle Fälle den Personalausweis/Paß mitbringen. Spendet für die Betreuung der Gefangenen (monatliches Einkaufsgeld, Zeitung, Dolmetscher, Lebensmittelpakete) auf das Rechtshilfekonto B. Wente, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Kto. 3580 97-702. (aus: Lokalberichte Stuttgart, gekürzt)



eschäftigte des Krankenhauses Bad Cannstatt demonstrierten am 16. April zur Personalversammlung. Die Manager der städtischen Krankenhäuser wollen Personal und Leistungen entsprechend dem durch die gesetzlichen „Sparauflagen“ Soehofers (ab 1. Mai dürfen die Ausgaben nicht stärker steigen als die Gehälter im öffentlichen Dienst) verringerten Budget strolchen. In Bad Cannstatt bedeutet das u.a. Verkleinerung von Arzt- und Pflegestellen – obwohl 1995 6.000 Überstunden aufliefen. Auf der Personalversammlung wurden Krankenhausdirektor Karl Spindler von der Sana GmbH und der Wirtschaftsleiter der Stadt Stuttgart, Dieter Blessing (SPD), von der Personalvertretung und Beschäftigten hart angegriffen. Notfalls soll die Gemeindefraktion das Datzill decken. (aus: Lokalberichte Stuttgart)

DGB setzt Mai-Demonstration in Duisburg ab

Mit dem Beschluß des DGB-Kreises Duisburg, auf die Demonstration am 1. Mai 1996 zu verzichten, haben die Gewerkschaften unseres Wissens das erste Mal seit dem Ende der Nazi Herrschaft auf die traditionelle Demonstration zum 1. Mai verzichtet. Der Beschluß kam auf Drängen des Polizeipräsidenten zustande, der befürchtete, die PKK könne bei der Demonstration kurdische Fahnen zeigen.

Es ist zu befürchten, daß die Polizei das Gelände um das Amtsgericht Hamborn absperren und jeden Teilnehmer an der gewerkschaftlichen Kundgebung kontrollieren wird. Insbesondere sollen Kollegen Polizeischikanen ausgesetzt werden, die „kurdisch aussehen“ ...

Wir sind stattdessen der Meinung, daß es derzeit wichtiger denn je ist, die Gewerkschaftsmitglieder zu Demonstrationen aufzurufen.

Die Beseitigung der von der Arbeiterbewegung erkämpften sozialen Errungenschaften (Lohnfortzahlung, höhere Selbstbeteiligung an Kuren usw.), die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Abbau von gewerkschaftlichen Rechten usw. machen es unserer Meinung nach unumgänglich, die Mit-

glieder der Gewerkschaften zu mobilisieren ...

Am 1. Mai, seit über einhundert Jahren der traditionelle Kampftag der Arbeiter, darf nicht auf die Demonstration verzichtet werden. Die angebliche Befürchtung des Polizeipräsidenten, die PKK könne ihre Symbole zeigen, halten wir für einen Vorwand ...

Die Arbeitsgemeinschaft Sozial- und Gewerkschaftspolitik in und bei der PDS Duisburg, ein Zusammenschluß sozialistischer Gewerkschafter aus unterschiedlichen Parteien und Parteilosen, wendet sich gegen den Beschluß, die Demonstration nicht durchzuführen ...

Wir rufen dazu auf, sich an der von Gewerkschaften organisierten Demonstration am 1. Mai, 8.30 Uhr ab Thyssen-Tor 1, zu beteiligen.

(Erklärung der AG Sozial- und Gewerkschaftspolitik in und bei der PDS Duisburg, 11.4., aus: Lokalberichte Köln, gekürzt)

Neonazi-Funktionär Lauck vor Gericht

Am 9. Mai beginnt vor dem Hamburger Oberlandesgericht der Prozeß gegen den US-amerikanischen Neonazi Gary

Bündnis gegen REPs

Die VVN/BdA Baden-Württemberg lädt ein

Wir alle sind sehr erschrocken, als am Wahlabend klar wurde, daß die Reps wieder in den Landtag einziehen – noch dazu mit einem hohen Stimmenergebnis. Fünf Jahre lang können sie nun vom baden-württembergischen Landtag aus ihre Politik verbreiten. Das erste öffentlichkeitswirksame Datum für sie ist der 11. Juni, der Tag der Landtagseröffnung. Ihr Parteimitglied Eduard Hauser aus Tuttlingen-Donaueschingen wird als Alterspräsident den Landtag mit einer Grundsatzrede eröffnen.

Wir dürfen die Reps im Landtag nicht zur Normalität werden lassen und wollen geeignete Daten und Situationen dazu nutzen, um auf ihre antisoziale, rassistische und rechtsextreme Politik aufmerksam zu machen.

Wir AntifaschistInnen in Baden-Württemberg haben eine besondere Verantwortung, denn hier haben die Reps eine

Stammwählerschaft gewonnen, von aus will Rolf Schlierer laut eigener Aussage andere Landesverbände stärken und in andere Landtage einziehen. Hier hat das Innenministerium bekannt gemacht, daß die Reps mit Neonazis zusammenarbeiten.

Die Nichtbeachtung der Republikaner ist keine Lösung, das haben die Wahlergebnisse leider bewiesen. Wir laden deshalb für den 2. Mai um 19.30 Uhr im DGB-Haus, Zimmer 101, Willi-Bleicher-Str. 20 in Stuttgart zu einem Bündnisgespräch ein, an dem wir gemeinsam beraten, wie wir den 11. bzw. 10.6.96 gestalten, und was wir in den nächsten fünf Jahren an Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit tun können.

Mit antifaschistischen Grüßen
gez. Anne Rieger,
Landessprecherin der VVN/BdA
(aus: Lokalberichte Stuttgart)

Kein Verzicht auf Lohnfortzahlung

Der DGB Bayern ist zum Verzicht auf Lohnfortzahlung bei Krankheit nicht bereit, und war es auch noch nie.

Der Vorschlag des bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser, über die Anrechnung von Überstunden bei der Lohnfortzahlung ganz oder teilweise zu verzichten und die daraus resultierenden Einsparungen beschäftigungswirksam umzusetzen, hat nichts mit einem generellen Verzicht auf die Lohnfortzahlung zu tun. Er ist vielmehr die logische Konsequenz gewerkschaftlicher Forderungen, aus Überstunden Arbeitsplätze zu machen.

Der bayerische DGB-Vorsitzende Fritz Schösser steht im Gegenteil ganz an der Spitze, wenn es darum geht, den Widerstand gegen lineare Kürzungen bei der Lohnfortzahlung, gegen die Einführung von Karenztagen und gegen andere kuriose Vorschläge zur Kürzung der Lohnfortzahlung zu organisieren.

Wenn die Debatte um einen generellen Verzicht der Lohnfortzahlung nicht sofort beendet wird, sind auch die Ge-

sprache für ein Bündnis für Arbeit akut gefährdet. Mit Nachdruck forderte Schösser die Arbeitgeber auf, ihre falsche Personalpolitik zu beenden. Die Errungenschaften der Arbeitszeitverkürzung dürfen nicht auf dem Überstundenaltar wieder geopfert werden.

Aus Überstunden müssen endlich Arbeitsplätze gemacht werden. Das hat dann noch den ... Nebeneffekt, daß man bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall viel Geld sparen kann. (...) Entgegen allen anderen Darstellungen ist die Lohnfortzahlung in erster Linie eine Angelegenheit der Tarifvertragsparteien. Bei den Gesprächen in der Staatskanzlei ... geht es darum, die Ergebnisse der Tarifvertragsparteien zusammenzutragen und darüber hinaus, zusätzliche beschäftigungsfördernde Maßnahmen zu erarbeiten.

(DGB-Pressemitteilung vom 11.4., gekürzt, aus: Lokalberichte München)

Innenministerkonferenz in Hamburg

Härtefallregelung nur für wenige Flüchtlinge

Am 29. März haben die Innenminister von Bund und Ländern eine „Härtefallregelung für ausländische Familien mit langjährigem Aufenthalt“ beschlossen, die nur wenigen der lange hier lebenden Flüchtlingen ein Aufenthaltsrecht gewährt, und das auch nur zeitlich begrenzt. Die Beschlussvorlage, die von Innensenator Wrocklage miterarbeitet wurde (neben den Innenministern von Bund, Bayern und Niedersachsen), fällt hinter die bisherige Initiative des Bundesrats für eine Altfallregelung zurück.

Nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz sollen Familien mit minderjährigen Kindern, die vor dem 1.7.1990 in die BRD eingereist sind, sowie Alleinstehende und Ehegatten ohne Kinder, die sich seit dem 1.1.1987 hier aufhalten, ein Bleiberecht erhalten. Im Gegensatz zur Bundesratsinitiative, die das Bleiberecht zeitlich nicht begrenzt, wird „der weitere Aufenthalt durch Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbefugnis für jeweils längstens zwei Jahre gewährt“. Bei Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis muß der Flüchtling nachweisen, daß er integriert ist. „Integriert sein“ bedeutet in diesem Fall, daß er Steuern, Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge zahlt, nicht arbeitslos wird und keine Sozialhilfeleistung in Anspruch nimmt. Wörtlich heißt es dazu in dem Innenministerbeschuß:

„Sowohl die Erteilung als auch jede Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis setzen außer der Erfüllung der Paßpflicht das Vorliegen und Fortbestehen folgender Integrationsbedingungen voraus: A) Der Lebensunterhalt der Familie einschließlich ausreichenden Krankenversicherungsschutzes ist durch legale Erwerbstätigkeit ohne zusätzliche Mittel der Sozialhilfe gesichert ... (es folgen einige wenige Ausnahmebestimmungen in besonderen Härtefällen). B) Die Familie verfügt über ausreichenden Wohnraum. C) Schulpflichtige Kinder erfüllen die Schulpflicht.“

Ein weiterer Grund für die Nichterteilung der Aufenthaltsbefugnis ist, „wenn die Aufenthaltsbeendigung von dem

Ausländer vorsätzlich hinausgezögert wird“. Das liegt nach Auffassung der Innenminister dann vor, wenn Flüchtlinge die rechtlichen Möglichkeiten der Asylgesetzgebung ausschöpfen („verzögerte sukzessive Asylanträge, wiederholte Folgeanträge“), wenn sie keinen Paß haben („selbstverursachte Paßlosigkeit“, Aufgabe der Staatsangehörigkeit“) oder „zwischenzeitliches Untertauchen“.

Nach Schätzungen von Innensenator Wrocklage erfüllen bundesweit etwa 10.000 bis 20.000 Menschen diese Voraussetzungen. In Hamburg sind es etwa 500 bis 1.000 Menschen. Diese Flüchtlinge müssen sich auffällig kurzfristig, nämlich „innerhalb einer von der Ausländerbehörde zu setzenden Frist von längstens sechs Wochen entscheiden, ob sie noch anhängige asyl-/ausländerrechtliche Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren weiterbetreiben oder ob sie einen weiteren Aufenthalt nach der Härtefallregelung beantragen wollen. In diesem Falle müssen alle Familienmitglieder innerhalb der Frist durch Antragsrücknahme alle noch anhängigen Verfahren zum Abschluß bringen.“ Man fragt sich, auf was die Innenminister spekulieren, wenn sie einige tausend Flüchtlingsfamilien derartig unter Druck setzen, ihre rechtlichen Ansprüche aufzugeben, um einen Antrag stellen zu dürfen, dessen Ergebnis ungewiß ist. Auch hinsichtlich einer Abschiebestoppregelung haben sich die Innenminister auf die reaktionäre Asylpolitik des Bundes vereinheitlicht. Konnten die Länder bisher eigenständig Abschiebestopps bis zu sechs Monaten erlassen, wird diese Regelung „nur noch als Ausnahmetatbestand für kurze Zeit und nach vorheriger Konsultation mit dem Bundesministerium des Innern und den Innenministerien der anderen Länder angewandt“. Ein allgemeiner Abschiebestopp für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie es die Bundesratsinitiative noch vorsah, wurde ebenfalls gestrichen. (bab)

Quelle: Beschlusssiederschrift über die Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 29. März

Lauck. Lauck ist offizieller Führer der NSDAP/AO und war zuletzt in erster Linie für den Postvertrieb im Netz dieser in Deutschland illegalen Partei zuständig.

Von den USA aus war er verantwortlich für die Verschickung von Nazi-Propagandamaterialien weltweit, außerdem war er Herausgeber der NSDAP/AO-Zeitschrift „NS-Kampfruf“.

(nach: Lokalberichte Hamburg)

Prozeß wg. Todesschuß auf Halim Dener

Weil dem niedersächsischen SEK-Beamten Klaus T., der im Sommer 1994 den erst wenige Wochen vorher in die BRD geflüchteten kurdischen Jugendlichen Halim Dener in Hannover beim Kleben von ERNK-Plakaten erschoss, angeblich „Rache aus PKK-Kreisen“ drohe, findet die Hauptverhandlung gegen den Beamten ab dem 8. Mai außerhalb von Hannover – nämlich in den Räumen des festungsartig gesicherten Oberlandesgerichts Celle statt. Das hat die niedersächsische Justiz entschieden.

Der Anwalt der Angehörigen von Halim Dener, der Bremer Rechtsanwalt

Eberhard Schultz, kritisiert: „Offensichtlich soll die Hauptverhandlung in diesem wichtigen Verfahren abseits der interessierten Öffentlichkeit in einer für die kurdische Familie diskriminierenden Gerichtssetzung durchgeführt werden – zum Schutze des SEK-Todeschützen, der von interessierter Seite von Anfang an als eigentliches Opfer dargestellt werden sollte.“

Trotz Anforderungen des Anwalts hat die Justiz bisher keinerlei konkrete Verdachtsmomente gegen irgendwelche kurdischen Zeugen, Besucher oder ähnliches genannt, auf die sie die Entscheidung über die Verlegung des Prozesses stützt. (rül)

Kantinenboykott von Flüchtlingen in Ludwigsburg

Der Kantinenboykott der Flüchtlinge in Ludwigsburg geht in die dritte Woche. Am 16. April hat das Flüchtlingskomitee beschlossen, die Aktion fortzusetzen.

Die Lagerleitung ist in der Zwischenzeit gezwungen zu reagieren, einerseits mit kleinen Angeboten, andererseits mit Drohungen und der Beschuldigung von Transparenten und Kochgeräten.

Der Leiter des Bundesamtes, Neher, hat am letzten Samstag ein Propagandaessen mit der Jungen Union und einigen Journalisten durchgeführt, das jedoch zum Teil in die Hose ging, weil sich zumindest ein Journalist über die platte Aktion geärgert hat und eine köstliche Glosse folgen ließ.

Was noch zu wenig passiert, sind Besuche im Lager und persönliche Gespräche mit Flüchtlingen, was gerade angesichts der Repression der Lagerleitung wichtig wäre.

Die Verantwortlichen werden sich zurückhalten, wenn häufig Leute von außen präsent sind.

Was das Bündnis gegen Abschiebung dringend braucht, sind mehr Leute, die selbstständig Aufgaben übernehmen.

So wollen die Afrikaner z.B. ein Gespräch mit der Polizei führen, um gegen die ständigen Schikanen zu protestieren.

UnterstützerInnen treffen: jeden Donnerstag, 20 Uhr, Demokratisches Zentrum Ludwigsburg, Wilhelmstr. 45/1.

Kontakt: ZFB: Telefon: 0711-3053, 3054, Uwe: 0711-6403219 oder Handy 0172-7100576.

Spendenkonto: U. Klein, Stichwort Ludwigsburg, Konto-Nr. 7973099, L.G., Bankleitzahl 60050101

(aus: Lokalberichte Stuttgart)

26. Mai: Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren

Für Pfingstmontag, den 26. Mai, rufen Asylgruppen zahlreiche andere Gruppen zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren in NRW (in der Nähe von Paderborn) auf.

„Das sozialdemokratische NRW übernimmt eine traurige Führungsrolle, die größten und meisten Abschiebeknäste stehen in NRW. Allein in Büren sind 600 Menschen eingesperrt. Die Menschen, die vor Hunger, Rassismus und Folter geflohen sind, sind nun der rassistischen Gesetzgebung und der Willkür der BRD und deren Helfer ausgesetzt. Oft hat der staatliche Rassismus Menschen in Abschiebeknästen zum Selbstmord getrieben“, heißt es in einem Aufruf zu der Demonstration.

Die Demonstration soll um 12 Uhr direkt am Abschiebeknast in Büren beginnen.

In zahlreichen Orten finden im zeitlichen Vorfeld der Demonstration Informationsveranstaltungen, Diskussionen u.a. Veranstaltungen statt, um die Forderung nach Auflösung der Abschiebeknäste und für die Wiederherstellung des Asylrechts zu bekräftigen.

(rül, nach: Lokalberichte Köln)

Die große Koalition ist tot, es lebe ...

Helmut Holter zur Koalitionskrise in Mecklenburg-Vorpommern

Wieder eskalierte eine Werftenkrise zu einer Regierungskrise. Wie einst 1992 wurde die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern umgebildet, ein Minister nahm seinen Hut.

Der Anlaß war schwerwiegend. Die Landesfinanzministerin Kleedehn (CDU) hatte am Gründonnerstag einen faulen Kompromiß für die gesellschaftsrechtliche und finanzielle Absicherung der abgekoppelten mecklenburg-vorpommernschen Töchter der Bremer Vulkan Verbund AG ausgehandelt. Sie hatte den Auftrag, die gesellschaftsrechtlichen Fragen zu erörtern und die aus den Ostwerften zweckentfremdeten Mittel in Höhe von 854 Millionen DM vom Bund einzuklagen. Was sie selbstherrlich, aber nicht im unkontrollierten Alleingang aus Bonn mitbrachte, richtete sich gegen die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern. Sie verstieß damit nicht nur gegen ihren Auftrag, sondern auch gegen ihren Amtseid. An der Ostseebeteiligungsgesellschaft sollten der Bund (BvS) und das Land Mecklen-

burg-Vorpommern mit je 40% beteiligt und eine private Managementgesellschaft mit 20% beteiligt werden. Würden sich Bund und der Private einig werden, könnten immer Entscheidungen gegen die Landesinteressen getroffen werden. An den finanziellen Folgen der gescheiterten Privatisierung der Werften in Wismar und Stralsund sowie des Dieselmotorenwerkes Rostock sollen sich der Bund mit zwei Dritteln und Mecklenburg-Vorpommern mit einem Drittel beteiligen. Das bringt eine zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes von ca. 350 Millionen DM mit sich.

Erste Reaktionen von SPD-Politikern riefen nach Rücktritt. Die PDS forderte am 13. April den Ministerpräsidenten auf, die Finanzministerin zu entlassen. Das konnte die SPD in der großen Koalition nicht mittragen. So kam es vor der von der PDS beantragten Sondersitzung des Landtages zu mehreren Kontakten zwischen PDS und SPD. Ein Ergebnis war, daß die PDS-Anträge von CDU und SPD abgelehnt wurden. Die PDS forderte, erstens die Sanierung,

d.h. die Investitionen, in Wismar und Stralsund zu Ende zu führen und erst dann die zweite Privatisierung einzuleiten. Es bot sich doch jetzt die Chance, den Grundsatz „Sanierung geht vor Privatisierung“ einzuleiten. Die zweite Forderung bezog sich auf die Bereitstellung der entwendeten 854 Millionen DM durch die BvS und die Übernahme der finanziellen Folgen aus der gescheiterten Privatisierung durch den Bund. Verbunden war diese Forderung mit der Aufforderung nach Entlassung der Finanzministerin.

Danach stimmten PDS und SPD gemeinsam für den Rücktritt von B. Kleedehn. Die SPD hatte sich selbst in die Zwickmühle gebracht, da sie dem „Ein-Drittel-zwei-Drittel“-Finanzierungskompromiß zustimmte. Damit nahm die Regierungskrise und das Desaster der SPD seinen Lauf.

Die Ursachen für die politische Krise liegen tiefer. Die Koalition aus CDU und SPD ist unfähig, die grundlegenden strukturellen Probleme des Landes zu lösen. Die SPD kann in dieser Koalition



Nach dem Kahltschlag von Treuhand, Bundesregierung und West-Konzernen sind die Werften in Meckl.-Vorp. die größten noch verbliebenen Industriebetriebe. Bild: Die Volkswerft in Stralsund.

sozialdemokratische Positionen schlecht und gar nicht durchsetzen. So probte sie den Ausstieg aus der großen Koalition und scheiterte. Letzteres nicht zuletzt durch die Einflußnahme der Bonner Baracke.

Die PDS forderte Neuwahlen für einen politischen Neuanfang, damit die WählerInnen über die zukünftige Politik in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch der PDS entscheiden können. Die Beschluslage der PDS ist klar: Der Wahlslogan 1994 hieß „Veränderung beginnt mit Opposition“. Die CDU soll nicht mehr an der Regierung beteiligt sein. Eine SPD-(Minderheits-)Regierung wird an der PDS nicht scheitern. An einer Regierung wird sich die PDS nicht beteiligen.

Neue politische Wege der PDS erfordern Entscheidungen der Parteibasis und der WählerInnen. Die große Koalition hält, bis sie zerbricht. Die PDS ist gut beraten, die gewonnene Zeit zu nutzen, denn an einer Entscheidung über ihre politische Strategie kann sie sich nicht vorbeimogeln.

Helmut Holter ist Landesvorsitzender der PDS Mecklenburg-Vorpommern



Zwischen 30.000 und 40.000 Studierende beteiligten sich am 24. April in Berlin an einer erneuten Protestaktion gegen die massiven Haushalts- und Stellenkürzungen an den Berliner Hochschulen, die der Senat vor einigen Wochen verfügt hatte. Eine der Forderungen der Protestierenden richtete sich gegen die drastisch erhöhten Immatrikulationsgebühren (100 DM je Semester, vorher 40 DM je Semester), durch die de facto Studiengebühren eingeführt werden. (rül)

Ehrendes Gedenken in Buchenwald

Ein Bericht von der Gedenkfeier im KZ

Rund 1.000 Bürger aus vielen Teilen der BRD ehrten gemeinsam mit Vertretern des Diplomatischen Korps aus Israel, Dänemark, Tschechien, Polen, Frankreich, Niederlande, Kroatien und Rußland die Opfer des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald.

Der Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald, Dora und Kommandos, Pierre Durand, sagte eingangs: „Wir begehen heute wieder den Jahrestag unserer Befreiung. Möge das auch im nächsten Jahrtausend so sein, wenn wir nicht mehr da sind.“ Eindringlich warnte er vor der Gleichsetzung der KZ-Opfer und der Opfer des Internierungslagers. Kurt Dellheim erinnerte an die Selbstbefreiung Buchenwalds, die 21.000 Menschen, darunter 900 Kindern, das Leben rettete. Gleichwohl fand er Worte des Gedenkens für all jene, die mit der Waffe in der Hand gegen die Hitlerbarbarei kämpften und ihr Leben gaben. Auch er wandte sich gegen die Gleichsetzung der Opfer des KZ und des Internierungslagers, fugte jedoch hinzu: „Wir trauern um jeden, der hier unschuldig verstarb“, da im Internierungslager niemand gefoltert, erschlagen oder erschossen worden sei.

Mit Betroffenheit hörten die Kundgebungsteilnehmer die Rede von Frau Dr. Janeta Brzozko-Medryk aus Polen. Sie chorle zu den 26.000 Frauen, die in Bu-

chenwald bzw. in Außenlagern wie Sklawen behandelt wurden. „Arbeit für die deutsche Rüstung, das war die größte Schmach, die man uns antun konnte!“ Dabei hätten die jüdischen Frauen die härtesten Peinigungen erdulden müssen. „Denkt an unsere Opfer und kämpft für den Frieden, sorgt dafür, daß Eure Kinder nie auf fremder Erde sterben!“ rief sie allen zu.

Emil Carlebach teilte einen Beschluß des Internationalen Lagerkomitees mit, der sich an die polnische Regierung richtet, die aufgefordert wird, alles gegen die faschistischen Umtriebe im ehemaligen KZ Auschwitz zu unternehmen. (aus: UNZ, Zeitung der PDS Thüringen)

Verbundenheit bleibt!

Wir grüßen auf diesem Wege alle Antifaschisten Deutschlands. Aus dem gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus entstand die Verbundenheit der polnischen und deutschen Antifaschisten. Die wir immer in Ehren halten werden.

In Namen des Verbandes der Kombattanten der Republik Polen und der politischen Häftlinge des KZ Buchenwald: Leopold Barzec, Wladyslaw Kwasniewski, Jan Brenski, Andrej Ciesielski



Die Gedenkfeier im KZ Buchenwald. Bilddokument aus: UNZ, 2. April-Ausgabe

Auf dem Weg vom Krankenhaus zur Fabrik

Hamburger ENDO-Klinik strebt Gewinn statt guter Patientenversorgung an

In der ENDO-Klinik wurden die Patienten bisher nach einem besonderen Konzept operiert und behandelt. Neben hochentwickelter operativer Technik wurden Patienten unter Aufsicht des operierenden Arztes solange therapeutisch betreut, bis sie mit einem gesicherten Gang mit Gehhilfen die Klinik verlassen konnten.

Im Bereich der septischen Gelenkoperationen gibt es zusätzlich die Besonderheit, daß den Patienten durch „einseitige“ Wechseloperationen eine Operation erspart werden kann. Hier wurde nach dem Grundsatz der strikten räumlichen Trennung von septischen und aseptischen Patienten verfahren.

Es gab eine entwickelte Kooperation zwischen dem ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Dienst. Im Rahmen dieser Kooperation wurden auch Methoden diskutiert und weiterentwickelt.

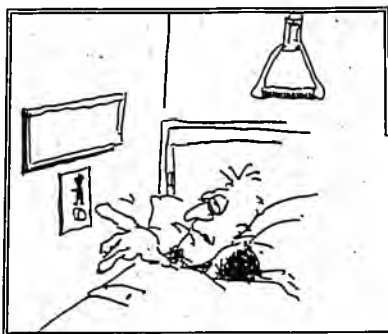
Dem medizinischen Konzept entsprach das räumliche und organisatorische Konzept: Die Klinik, mit ca. 950 Beschäftigten, ist zur Zeit noch in zwei Betriebsteile aufgeteilt: In der Holtenstraße werden alle Patienten mit aseptischen Gelenkoperationen und alle neurochirurgischen Patienten operiert. Hier ist die Verwaltung angesiedelt. In den Wintermoorer Betriebsteil werden die Patienten ca. am sechsten postoperativen Tag zur postoperativen Therapie verlegt, und hier ist auch das Zentrum für septische Chirurgie eingerichtet.

Die Vision der ENDO-Fabrik

Geschäftsführung und Aufsichtsrat der ENDO-Klinik sind nun entschlossen, beide Betriebsteile zu schließen und die Klinik in einem Neubau bei Hagenbecks Tierpark zu zentralisieren. Mit stark reduziertem Personal sollen 10% mehr Patienten jährlich in kürzester Zeit und mit möglichst geringem Aufwand durchgeschleust werden. Sie nehmen dafür eine Verschuldung in Kauf, die weit über das Erträgliche hinausgeht. Diese immense Verschuldung wird dann dazu führen, daß die Versorgungssituation der Patienten und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten unerträglich werden.

Der Arbeitgeber sitzt dabei mit dem Hamburger Senat in einem Boot, der stark daran interessiert ist, Subventionen an den Tierpark zu meiden.

Zugleich soll in Schneverdingen eine REHA-Klinik durch die Klinikgruppe



Graf Oehnhäuser errichtet und betrieben werden. Diese dient der Geschäftsführung dazu, in der Öffentlichkeit so zu tun, als würde darüber das medizinische Konzept aufrechterhalten, was, wie sich immer wieder herausstellt, keiner Überprüfung standhält.

Das medizinische Konzept wird zur „Marketing-Strategie“ und zugleich als Versorgungskonzept zerschlagen. Die Patienten sollen mit Abschluß der Akutphase in die REHA-Klinik entlassen werden (am 17. Liegetag die aseptischen und am 28. Tag die septischen), gut eine Woche früher als nötig. Die Patienten werden nicht mehr eingehender und länger als in allen anderen Häusern versorgt, entsprechend auch nicht mehr in einem besseren Zustand entlassen werden. Die septischen Betten werden von 60 auf 28 reduziert, der zweite septische Operationssaal und neuerdings wohl auch die septische Intensivstation wurden für die neue Klinik gestrichen. Mit septischen Patienten kann man eben keine Gewinne machen.

Das Gesundheitsstrukturgesetz fördert Gewinnorientierung

Im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten, in denen die Krankenkassen die Selbstkosten eines Krankenhauses in bestimmten Grenzen erstattet haben, werden künftig für bestimmte Leistungen Festpreise bezahlt, mit denen die

Krankenhäuser wirtschaften können und müssen. Gewinne durch Rationalisierung oder starke Absenkung der Leistung, wie z.B. der Liegezeit, können einbehalten werden.

Nun werden ca. 70% der Leistungen der ENDO-Klinik über solche Festpreise abgerechnet. Die Klinik ist interessiert daran, den Anteil der Festpreise zu erhöhen und den Anteil der Patienten, für die ein tagesgleicher Pflegesatz ge-

zahlt wird, zu senken. Nun hat dies für die Klinik einschneidende Auswirkungen. Das medizinische Konzept ist gefährdet, denn die Festpreise lassen die bisherige und für das Konzept nötige Verweildauer (ca. 32 Tage) nicht zu. Patienten müssen zwingend durchschnittlich eine Woche früher entlassen werden.

Nun haben sich Geschäftsführung und Aufsichtsrat entschlossen, dies zum Anlaß für ganz andere Ziele zu nehmen.

Entlassungen, Versetzungen, Verschlechterung der Arbeit

Für die Beschäftigten bedeutet das:

- Schließung des Wintermoorer Betriebsteils mit ca. 450 Arbeitsplätzen
- Wenn vielleicht auch in der REHA-Klinik 70 bis 80 und in Hagenbeck 40 zusätzliche Stellen zur Verfügung stehen mögen, so heißt das für die meisten doch Zerstörung ihrer sozialen Sicherheit.
- Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, flexibler Personaleinsatz, Ausdehnung von Schicht- und Wochenendarbeit. Ca. 60 % der Belegschaft muß eben wie bisher 5000 Patienten jährlich

deutschen Verlages soll Zerschlagungspläne noch einmal überdenken; bei für die Beschäftigten negativen Denkergebnissen dürfte die nächste Streikrunde fällig sein. Die Beschäftigten selbst haben Signale gesetzt, daß sie für Beschäftigungssicherung möglicherweise auf Lohnprozente verzichten.

(Quelle: IG Medien München im Internet)

ÖTV Essen protestiert gegen Verschlechterung der Pflege

„Wir wollen leben und nicht dahinsiechen“, so lautete der Text eines Schildes bei der Demonstration von Senioren und Beschäftigten aus Pflegeheimen am 23. April auf dem Kardinal-Hengsbach-Platz in Essen. Mit der Aktion wollte die ÖTV darauf aufmerksam machen, daß sich die Situation alter Menschen in Pflegeheimen nach dem Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung verschlechtern wird. Die Kassen finanzieren dann nur noch die Grundpflege, und das heißt Personalabbau und damit Verschlechterung der Pflege.

(aus Lokalberichte Essen)

versorgen. Änderung der Arbeitsinhalte und -abläufe.

Das alles ohne wirtschaftlichen Zwang, wegen des Interesses, Gewinne zu machen, vielleicht auch wegen anderer nicht einschätzbarer persönlicher Vorteile für einzelne in der Führungsetage.

Alle Ansätze, den Erhalt beider Standorte in die Diskussion zu bringen, werden unterdrückt. Das Hagenbeckprojekt wird innerbetrieblich mit großer Brutalität durchgepackt.

Die Schließung der beiden Standorte und das Hagenbeckprojekt werden aus verschiedenen Gründen sowohl in der Belegschaft als auch in den Leitungsebenen kritisiert. Kritisiert wird, daß nicht einmal der Versuch unternommen wurde, die ENDO-Klinik unter Erhalt der Standorte und mit milderen Mitteln an das Gesundheitsstrukturgesetz anzupassen. Kritisiert wird die unerträglich hohe Verschuldung. Kritisiert wird, daß mit der Zerschlagung des medizinischen Konzepts die Existenz der Klinik für einen Marmoralast auf Spiel gesetzt wird.

Diese Kritik wird – vor allem auch unter den Leitenden – mit großer Härte verfolgt. Zuerst wurde der Träger des Konzepts, Gründer der Klinik und Aufsichtsratsvorsitzende Herr Prof. Dr. Buchholz zum Rücktritt gezwungen. Kritikern wurde und wird mit Entlassung gedroht.

Die Geschäftsführung arbeitet mit Intrigen und Stimmungsmache und schafft es geschickt, eine öffentlich geführte innerbetriebliche Diskussion über die Zukunft der ENDO-Klinik zu verhindern, indem sie die Entscheidungsunterlagen geheimhält.

Mitbestimmungs- und Informationsrechte des Betriebsrats werden verletzt. Kaum ein Thema, zu dem Betriebsrat und Geschäftsführung sich nicht vor dem Arbeitsgericht bzw. in der Einigungsstelle wiedersehen. Geringfügiges Verhalten gegenüber der Belegschaft. Zusagen in der Einigungsstelle Sozialplan zu Abfindungsregelungen wurden nicht eingehalten.

Den Sozialplanentwurf, den der Arbeitgeber nach einer zweitägigen Betriebsversammlung und mehreren Aktionen der ÖTV nun endlich auf den Tisch gelegt hat, kann man nur als Provokation bezeichnen.

Die Entscheidungen über das Hagenbeckprojekt der Gesellschafter und des Aufsichtsrates stehen unmittelbar bevor. Die Entscheidungen der Banken sind für die nächsten Wochen angekündigt. Es ist zu befürchten, daß beides gelingt.

Die Belegschaft, die unter der Spaltung zwischen Wintermoor und Hamburg leidet, kann auf diese Entscheidung keinen Einfluß mehr nehmen. Auch der Betriebsrat hat hier keine Möglichkeiten, denn ein Interessenausgleich ist nicht erzwingbar und ein Verfahren über die Frage der Tendenzbetriebes zu riskant.

Ca. 85 Entlassungen sind zum 30. Juni angekündigt. Zweieinhalb Stationen werden in Wintermoor geschlossen, die Stellen fallen alle in Wintermoor weg.

So werden jetzt in der (Wintermoorer) Belegschaft zwei Ansätze diskutiert. Einmal einschneidendere gewerkschaftliche Aktionen gegenüber dem Arbeitgeber und gegenüber der Stadt Schneverdingen, auch Aktionen, um die Spaltung zu überwinden. Zum anderen Möglichkeiten Teile des Betriebes in eigener Regie fortzuführen.

(tirs)

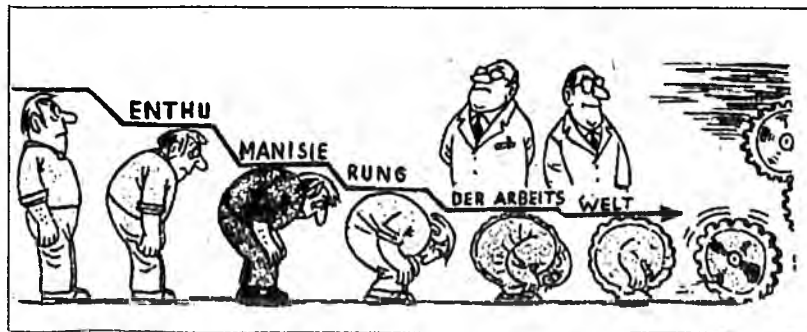
MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Süddeutscher Verlag: Haustarifverhandlungen bei „Freies Wort“ erstreikt

Der Streik und das große öffentliche Interesse haben den Süddeutschen Verlag da angekratzt, wo er am empfindlichsten ist: am Image. 14 Tage Streik der 80köpfigen Redaktion sowie der Vorstufe und der kaufmännischen Angestellten und ein dreitägiger Druckerstreik bei der Thüringer SV-Tochter „Freies Wort“ für den Erhalt des Blattes bei anständiger Bezahlung der Beschäftigten

und gegen die Zerschlagung, Sympathiebekundungen der Bevölkerung, eine Kundgebung der Thüringer vor dem Münchner Mutterhaus, Solidaritätsspenden und rege Diskussionen im Hause selbst; dies, so meint der Vorsitzende des SV-Konzernbetriebsrats, Klaus Schönauer, hat die Geschäftsführung der 70prozentigen SV-Tochter „Suhler Verlagsgesellschaft“ schließlich am 19. März an den Verhandlungstisch über einen Haustarif gebracht.

Der Stand nach der ersten Runde: Die Gesellschafterversammlung des Süd-



Telekom fördert Monopolbildung

Fuba: Sanierung zu Lasten der Belegschaft

Am 12. Januar reichte die Fuba-Geschäftsführung den gerichtlichen Vergleichsantrag beim Amtsgericht Hildesheim ein. Im Schatten des Schiffsbaudesasters und anderer Branchenkrisen finden auch in der Elektroindustrie strukturelle und marktpolitisch verursachte „Anpassungsprozesse“ statt. Das Unternehmen *Fuba Hans Kolbe & Co* war ein Industriebetrieb, der 70 Prozent seiner Umsätze mit öffentlichen Aufträgen bestritt. Die Deutsche Bundespost war der Hauptkunde in den 60er bis Anfang der 90er Jahre. Die Fuba-Gewinne waren überdurchschnittlich hoch; Gesellschafter und Geschäftsführer lebten wie die Maden im Speck. In den Betrieb investierten die Kapitaleigner nur das Nötigste. Maxime: Rentabilität und möglichst geringe Kosten, dann erst Geschäftsentwicklung.

Durch Privatisierung und veränderte Auftragsvergaben änderte das neue Telekom-Management die Wettbewerbssituation. Es bediente ab 1990 fast nur noch Konzerne, indem es ihnen über 90 Prozent der Investitionen zuschanzte und damit kleinere industrielle Konkurrenten vom Markt verdrängte und zur Vernichtung von zahlreichen Betrieben beitrug. Siemens, Bosch und andere bauten ihre Marktdominanz aus, weil sie den Löwenanteil der Aufträge (Telefonnetze und andere digitalisierte Kommunikationssysteme in den angeschlossenen ostdeutschen Ländern, der ehemaligen DDR, erhielten).

Fuba hatte 1991 noch über 1800 Beschäftigte. 1992 bis Mitte 1994 baute der Betrieb über 600 Stellen ab. Die Geschäfte mit öffentlichen Aufträgen verringerten sich von fast 300 Mio. DM (1990/91) auf unter 30 Mio. DM (1994/95); die Verschuldung summierte sich auf über 300 Mio. DM bis 1995.

Der Betriebsrat versucht mit Unterstützung der IG Metall seit 1993/94 durch Interessenausgleich, Sozialpläne und Beschäftigungsvereinbarungen (u.a. flexible Arbeitszeitkonten, vorübergehende 32-Stunden-Woche, Rückstellung von Urlaubsgeld etc.) weitere Entlassungen zu verhindern bzw. hinauszuzögern – mit dürftigen Erfolgen. Gesellschafter und Geschäftsführung hatten erfolgreich verhindert, daß die Tragweite des Desasters betriebsöffentlich wurde. Die kreditgebenden Banken stellten nach Betriebsprüfung Ende 1995 die Liquidität in Frage, der vom Hauptgesellschafter Hoesch (Krupp) Anfang 1995 neu eingesetzte Geschäftsführende Sanierer reichte am 12. Januar dieses Jahres den gerichtlichen Vergleichsantrag ein. Der Betriebsteil Autoelektronik war schon Anfang 1995 an den amerikanischen Konzern Delco verkauft worden (und mit ihm 300 Beschäftigte), die Verkaufsumme überdeckte die Zahlungsunfähigkeit für weitere neun Monate.

Das Vergleichsangebot ist Mitte März dem Amtsgericht übergeben und von der IHK Mitte April positiv beurteilt worden. Die Zerteilung und „Sanierung“ des Unternehmens ist im Vergleichsplan festgeschrieben; etwa 100 Beschäftigte sollen an einen Mobilfunkbetreiber verkauft werden. Ca. 200 Entlassungen runden die „Strukturanpassung“ ab. Betriebsrat und Belegschaft stehen unter enormen Druck, da die verbleibenden Beschäftigten neben hohem Leistungsdruck Angriffe auf die Fuba zur erwarten haben. – (mal, gekürzt)

Die grausamen Einzelheiten ...

Was bringt der Tarifabschluß in der Chemie?

Der im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz abgeschlossene Pilot-Tarifvertrag wurde inzwischen auch in Baden-Württemberg ohne wesentliche Änderungen übernommen. Obwohl die Tarifverhandlungen bezirklich geführt werden sollten, trägt der von der IG Chemie jetzt immer in den Vordergrund gestellte Vereinbarungsteil zur Beschäftigungsförderung die Unterschriften des Vorsitzenden des Bundesarbeitsgeberverbandes Chemie und von Hans Terbrack vom Hauptvorstand der IG Chemie.

Ein tarifpolitisches Novum ist, daß das Verhandlungsergebnis in seinen beschäftigungspolitischen Teilen keine einklagbaren Zusagen der Arbeitgeber (Tarif = Mindestbedingung) enthält, sondern „Erwartungen“ des Arbeitgeberverbandes über das Verhalten seiner Mitgliedsbetriebe. Sofern diese „Erwartungen“ quantifiziert sind, lassen sie sich vielleicht im Nachhinein „überprüfen“. Aber um mehr als die „Glaubwürdigkeit“ der Unternehmer für die nächste Runde geht es dabei nicht. Schon gar nicht bietet diese Kollektiv-„Erwartung“ auf betrieblicher Ebene irgendwelche Sicherheit. Der Slogan „Tarif ist Sicherheit“ ist hier erledigt.

Wir erläutern im folgenden die Einzelbestandteile des Gesamtergebnisses (das ein schwer verdäuliches und unübersichtliches Geflecht bezirklicher und bundesweiter Entgelt- und Manteltarifvereinbarungen, Erklärungen und „Initiativen“ darstellt). Die Wichtigkeit dieses „Tarifvertrages“ für die Gewerkschaftsbewegung (vielleicht als nächstes für die IG Metall Baden-Württemberg) rechtfertigt u.E. die Veröffentlichung.

Zehn Einzelpunkte ...

1. *Anhebung der Tarifentgeltsätze* um 2%, der Ausbildungsvergütungen um 25,- DM linear. Laufzeit 1 Jahr.

2. *Einstellungstarifsätze für Neueinstellungen und Langzeitarbeitslose:*

Die folgenden Vereinbarungen sind seit Frühjahr 1994 in Kraft und wurden nun ein zweites Mal verlängert. Zur Erinnerung:

Für Langzeitarbeitslose beträgt das Tarifentgelt im ersten Beschäftigungsjahr 90% der sonst geltenden Entgeltsätze. (Ein unbefristetes Arbeitsverhältnis ist nicht Voraussetzung).

Für alle (!) unbefristet Neueingestellten der unteren und mittleren Entgeltgruppen (E1 bis E9) gilt erneut ein Einstellungstarif von 95%, „um die Beschäftigung und die praktische Eingliederung (!) von Arbeitnehmern zu fördern“.

Das gleiche gilt für extern ausgebildete Berufsanfänger der Entgeltgruppen E10 bis E13, die unbefristet eingestellt werden, sowie für aus Förderprogrammen für Arbeitslose Übernommene.

Dieser ganze Vereinbarungsteil ist wahrscheinlich wieder praktisch ohne große Bedeutung. Eine Beschäftigungswirkung konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Er ist jedoch insofern bedeutsam, als er tarif- und sozialpolitische Schranken beseitigt. So hatte sich das Kabinett Kohl in seinem 50-Punkte-Programm zur Standortsicherung vom 30. Januar 1996 auf diese Vereinbarungen berufen.

3. *Ausbildungsplatzinitiative* (bezirklich)

... stellt die Arbeitgebersseite fest: Aufgrund der aktuellen Firmenumfrage

des Verbandes erwarten wir für 1996, daß das Ausbildungsplatzangebot gegenüber 1995 um 5% gesteigert werden kann. Der Grundsatz „Ausbildung vor Übernahme“ wird bekräftigt. Die Chemiearbeitgeber Rheinland-Pfalz rechnen aber „wiederum mit einer Übernahmequote in der Größenordnung von 90%“.

4. *Beschäftigungsförderung:* Die Arbeitgebersseite erwartet, daß 15% der während der Tariflaufzeit abgeschlossenen Fristverträge in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden und daß die Einstellungen von Langzeitarbeitslosen gegenüber 1995 (fast Null!) um 10% gesteigert werden können. Ferner: Arbeitszeitflexibilisierung und „Förderung der Teilzeitarbeit“.

5. *Bundestarifvertrag zur Förderung der Altersteilzeit:* Dieser Vereinbarungsteil setzt das Inkrafttreten eines noch nicht verabschiedeten „Gesetzes zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand“ voraus, insbesondere dessen Bestimmung, daß die von den Arbeitgebern nach diesem jetzt abgeschlossenen Bundestarifvertrag zu zahlende „Aufstockung“ von der Bundesanstalt für Arbeit ersetzt wird, wenn eine ErsatzEinstellung erfolgt.

Der Tarifvertrag führt letztlich den schon einmal vor 10 Jahren vereinbarten Vorruhestand wieder ein. Denn die maximal fünfjährige „Altersteilzeit“ von 50% kann auch so genommen werden: 2,5 Jahre Vollarbeit, 2,5 Jahre (minus Urlaubanteil) „Abfeiern“, also ca. 28 Monate früher in den Ruhestand. Möglich wird dies für alle 55jährigen und Älteren (jedoch nicht mehr als 5% der Belegschaft insgesamt und nicht mehr als 30% der 55jährigen oder 60% der 58jährigen).

Entsprechend der 50% Teilzeit bekommen sie 50% des Entgelts. Dieses soll um 20% aufgestockt werden (als gesetzliche Leistung, s.o.), und soll durch eine weitere (tarifliche) Aufstockungszahlung mindestens 85% des letzten Netto erreichen, jedoch ohne Einrechnung der Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge (für Konti-Arbeiter ein großer Verlust). Der Arbeitgeber hat ferner die Rentenversicherungsbeiträge so zu entrichten, daß sie für 90% des Vollzeiteinkommens gelten.

Dieser Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis 30.6.2001.

Die IG Chemie verfügte offensichtlich zum Verhandlungszeitpunkt über keine Zahlen, wieviele Menschen in den Betrieben überhaupt in den Genuß einer solchen Vereinbarung kommen können. In vielen Betrieben ist die begünstigte Altersgruppe zur Zeit fast nicht vertreten. Sie muß erst „nachwachsen“. Mit hin ist völlig ungewiß, mit wieviel diese Geldleistungen in das Volumen eingehen, was für die Bewertung der 2%-Tariferhöhung wichtig wäre.

6. *Änderungen des Bundes-Manteltarifvertrages bei Mehrarbeit:* „Geleistete Mehrarbeit ist durch Freizeit auszugleichen“. Aber: „Bei notwendiger Mehrarbeit für einzelne Arbeitnehmer oder Arbeitnehmergruppen, für die ein Zeitausgleich aus betrieblichen oder arbeitsorganisatorischen Gründen nicht oder schwierig (!?) durchzuführen ist, kann der Arbeitgeber die geleisteten Mehrarbeitsstunden zuschlagspflichtig abgeltet.“ (Auf das Einvernehmen mit dem Betriebsrat kommt es hierbei nicht mehr an.) – Die hochgejubelte Mehrarbeitsregelung ist also im Tarifvertrag bereits schon wieder aufgehoben. Der

Mehrarbeitszuschlag von 25% entfällt beim Abfeiern innerhalb eines Monats (bisher innerhalb von 7 Tagen).

7. *Initiative zur Standortsicherung und Beschäftigung 1996:* Diese tarifvertragliche Initiative enthält letztlich die Aufforderung an die Betriebsparteien, die vorgenannten Tarifvertragsinhalte betrieblich umzusetzen.

Überhaupt verlagert der ganze Tarifvertrag viele Entscheidungen auf die betriebliche Ebene, auf der die Betriebsräte von den Arbeitgebern oft jämmerlich erpreßt werden und eigentlich Schutz durch einklagbare Tarife bräuchten.

8. *Erklärungen zur Beschäftigung:* Hier werden nun auf Bundesebene wieder „Erwartungen“ der Arbeitgeber geäußert, u.a.: „... daß der Beschäftigungsabbau im Geltungsbereich des Manteltarifvertrages West bis zum 1. Juli 1996 zum Stillstand gebracht werden kann.“ Dieses wohl gemerkt „im Durchschnitt aller Betriebe“. „Die Chemie-Arbeitgeber erwarten (...), daß es im Jahre 1996 durch befristete und unbefristete Neueinstellungen, durch die Einstellung von Auszubildenden und die Übernahme von Ausgebildeten sowie die Umwandlung von befristeten Arbeitsverhältnissen zu arbeitsmarktwirksamen Personalmaßnahmen im Sinne neuer Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse in einer Größenordnung von mindestens 25.000 kommt“.

9. *Spitzengespräche über Beschäftigungsentwicklung:* „Die Tarifvertragsparteien werden die Beschäftigungsentwicklung in der chemischen Industrie gemeinsam prüfen und beschäftigungspolitische Instrumente und Maßnahmen (...) zum Gegenstand ihrer Spitzengespräche machen.“ – Das ist die Leerstelle, auf der eigentlich und spätestens irgend ein Druckmittel gegen die Arbeitgeber hätte erscheinen müssen, um sie wenigstens zur Einhaltung ihrer „Erwartungen“ zu zwingen, wie z.B. eine zusätzliche Tarifierhöhung bei Nichteinhaltung.

10. *Gemeinsame Sozialpartner-Initiative zur Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten:* „Die Tarifvertragsparteien (...) fordern den Gesetzgeber zur nachhaltigen Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten auf. Sie werden gemeinsam prüfen, welche zusätzlichen Vorschläge sie zur Verringerung der Lohnnebenkosten und zur Standortsicherung einbringen können.“

... welch ein Paket!

Es zeigt sich, daß Arbeitsplatzpolitik zu Gunsten der Lohnabhängigen nicht tarifierbar ist. Bestenfalls ist der „Altersteilzeit“-Tarifvertrag ein wirkliches Instrument in diesem Sinne.

Alles andere (soweit es überhaupt erstrebenswert ist) muß praktisch auf betrieblicher Ebene durchgesetzt werden. Das wird logischerweise nur dort geschehen, wo der Betriebsrat gerade eine starke Position hat und diese auch nutzt.

Dies zu tun, dazu kann die IG Chemie jederzeit aufrufen. Sie braucht dies jedoch nicht in Gestalt eines „Tarifvertrages“ machen und eine dringend notwendige Einkommenstarifierhöhung gegen ein arbeitsmarktpolitisches Linsen-gericht verkaufen. Das „Bündnis für Arbeit“ ist ein weiteres Mal diskreditiert.

aus Kommunalinfo Mannheim

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, wir tagen zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Lage in Deutschland für einen erheblichen Teil der Bevölkerung rapide verschlechtert.

Die soziale Frage bleibt!

4,27 Millionen Arbeitslose sind im besten Erwerbsalter ausgegrenzt, bald können es sechs bis sechs-komma-fünf Millionen sein. Unternehmerangaben zufolge wird die Zahl der Industriearbeitsplätze bis 1999 jährlich um 2,2 Prozent zurückgehen.

Etwa 29 Prozent der auf der Straße lebenden Wohnungslosen sind Frauen, schätzt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe Bielefeld ein.

Vier Millionen Menschen leben von der Sozialhilfe, unter ihnen fast eine Million Kinder.

Das sind nur drei Beispiele aus der langen Liste der Verelendungsvorgänge in diesem Land. Sie sind ein eklatanter Verstoß gegen das Grundgesetz, in dem es gleich eingangs heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zu fordern ist von der Regierung die Erfassung und Bewertung von Armut in Deutschland als Grundlage zur Armutsbekämpfung und parallel dazu ein Reichtumsbericht.

Die Herrschenden sind bemüht, ihre Probleme – nicht weniger knallhart Maximalprofit zu erheischen als das an anderen Wirtschaftsstandorten möglich ist – durch soziale Kollision zu lösen. Nämlich: durch rapiden, umfassenden Sozialabbau soll der Wert der Ware Arbeitskraft weiter gemindert werden. Zugleich soll der sogenannte soziale Frieden erhalten bleiben. Diesen Spagat will man meistern, indem über die Medien inspiriert wird, die Sorgen des Kapitals seien letztendlich auch die der Lohn- und Sozialabhängigen. Wir sitzen alle in einem Boot, ist die vernebelnde Losung.

Der Versuch, den Widerspruch zu lösen, zwischen Verschärfung der Ausbeutung und dem Bemühen zur Verschleierung, widerspiegelt sich am deutlichsten im Vorhaben „Pakt für Arbeit“. Hier liegt tatsächlich des Pudels Kern. Um so alarmierender, daß beträchtliche Teile des Unternehmertums selbst diese Vorschläge ablehnen. (...)

Und nun ist auch noch von „innovativen Sparimpulsen“, von „gestaltendem“ und von „strukturellem Sparen“, von „Sparkompetenz“ und von „vernünftigen Sparen“ die Rede. Aber Sparen ist in dieser Situation überhaupt unvernünftig! Die Entscheidung kann nur sein – Profit oder Arbeit!

(...)

Wir bereiten uns auf den 5. Parteitag vor

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden die wieder zunehmenden Attacken unserer politischen Gegner nur überstehen, wenn wir innerhalb der Partei solidarisch sind. Und ich sage weiter: Die PDS ist nur als Ganzes ein Problem für die Herrschenden. So wie die 2. Tagung des 4. Parteitages verlief, war es ein Stil, mit dem die Partei leben könnte. Die 2. Tagung hat der Diskussion den Boden entzogen, ob die PDS ein Auslaufmodell ist. Die Interpretation der Ursachen für die Stabilisierung der Partei ist unterschiedlich. Nachfolgend unsere Sicht:

Die gefestigte Position der Partei und das gestiegene Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder sind unmittelbar mit den Wahlerfolgen der PDS verbunden, die wiederum wurzeln im linken Profil der Partei und in dem Gefühl der Wähler, daß die PDS ihre Interessen vertreten wird. Interessenvertretung ist in deren Augen konsequente Opposition, ver-

bunden mit sehr praktikablem Wirken vor Ort – besonders auf der vorstaatlichen kommunalen Ebene.

Die Wähler trauen es der PDS zu, daß sie das Machbare wirklich tut. Und: Je ernüchternder die soziale Erfahrung der Menschen mit dem real existierenden Kapitalismus werden, desto mehr gereicht es der PDS im Osten zum politischen und psychologischen Vorteil, daß sie aus Strukturen der früheren DDR kommt. Nicht eine sich anpassende Partei wird gewählt, sondern eine in der Opposition befindliche, deren Politikfähigkeit mit ihrem qualifizierten Potential verbunden ist – zu dem auch die kommunistische Plattform gehört.

Dennoch besteht die Möglichkeit, daß sich in der PDS solche durchsetzen, die das sogenannte „Ankommen in der bürgerlichen Gesellschaft“ zum wesentlichen Kriterium für die Politikfähigkeit machen. Sie bestimmen schon heute das Kräfteverhältnis, sind aber nach wie vor zum Taktieren gezwungen. Wenn Politiker wie Horst Dieter Brähmig, Oberbürgermeister von Hoyerswerda, der PDS ihr endgültiges Gepräge geben sollten, so wären die Konsequenzen ableitbar, die PDS würde politisch und moralisch verschleien. Wer so kategorisch wie er Opposition und Widerstand in das Reich der Illusion verbannt, wer fak-

frühzeitig beginnen die Vorbereitungen für den 5. Bundesparteitag der PDS.

Schon am Abschlußabend der 2. Tagung des 4. Parteitages vermeldeten die Medien wie auf Verabredung, auf dem 5. würde es zur Zerreißprobe kommen. Wir haben im Februar mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Genosse Bisky vor Berliner Basisvorsitzenden erklärte, einen Crashkurs würde er entschieden bekämpfen. Es könne bezüglich strategischer Fragen kein entweder – oder geben. Auch wir sagen deutlich: wir waren und sind gegen einen Richtungsparteitag. Das schon deshalb, weil wir aus der Geschichte wissen, daß theoretische Fragen nicht durch Beschluß entschieden werden dürfen.

Die Möglichkeiten der PDS liegen für einen sicher nicht kurzen Zeitraum darin, die sich aus ihrer inhaltlichen und strukturellen Beschaffenheit zwingend ergebenden Widersprüche kulturvoll auszuhalten. Sie liegen darin, Einheit in der Parteipraxis herzustellen, wo es um die Vertretung der Interessen jenes überwältigenden Teils der Bevölkerung geht, der mehr oder minder den Preis zu zahlen hat für die Profilierung des sogenannten Standortes Deutschland, und sie liegen darin, mittel- und langfristige strategische Lösungen zu finden, die nicht an grünen Tischen gemacht wer-

samen Maßstabes: wir tragen unsere Meinungsverschiedenheiten so aus, daß sie dem Anspruch der zu behandelnden Probleme gerecht werden.“ – Soweit aus unserer Erklärung.

Heute fordern wir erneut: Bleiben wir beim Parteiprogramm, ohne Kommentar, der eine Reihe weiterer Kommentare auslösen würde. Einigen wir uns für die Parteipraxis nicht nur auf die Schwerpunkte unseres Wirkens, sondern sorgen wir vor allem dafür, daß die Arbeit praktisch organisiert wird. Die Vorstände der Partei, vom Parteivorstand bis zu den Bezirksvorständen, können erheblich mehr tun, um die politische Wirkungsmöglichkeit der PDS durch die organisatorische Bündelung von Aktivitäten zu erhöhen.

Der Sinn der Strategiedebatte besteht nicht in der Schaffung einer Hegemonie in der Partei, sondern in der theoretischen Verarbeitung unserer politischen Praxis, im Weg von der Empirie zu gesicherten theoretischen Erkenntnissen. Richtungsentscheidungen können kein Ersatz für Analyse sein. Würden Richtungsentscheidungen zum willkürlichen Ersatz für die dringend anstehende Analyse der Verhältnisse, unter denen wir politisch zu agieren haben und der Kräfte der Partei, so wäre dies die Neuauflage eines der verheerendsten Fehler, die wir vor allem aus der Endzeit des sozialistischen Versuches zu verantworten haben: Die Verdrängung der Realität zu verknüpfen mit immer lebensfremder werdenden voluntaristischen Entscheidungen.

Noch einmal: Eine Richtungsentscheidung auf dem nächsten Parteitag könnte den Versuch PDS ernsthaft in Frage stellen, ob mit sofortiger Wirkung oder mittelfristig spürbar – das wäre schon zweitrangig.

Was ist nun zu tun?

Liebe Genossinnen und Genossen, worauf kommt es in der uns bevorstehenden Arbeitsetappe besonders an:

1. Es ist und bleibt bestimmend für Kommunisten in der PDS, die Hauptaktivitäten der Partei durch tatkräftiges Dazutun mitzutragen. Wir werden uns im Rahmen der drei Massenaktionen engagieren, besonders gegen Sozialabbau. Alle sollten dort, wo sie sind, als Kommunisten wirken. Für die, die noch Arbeit haben, heißt das, Arbeit in den Gewerkschaften. Es gibt eine kleine leichte Opposition in den Gewerkschaften. Ihr sollen auch wir Stimme verleihen durch Flugblätter und besonders durch Popularisierung und Unterstützung der an Zahl zunehmenden Erklärungen und Aufrufe „Gegen ein Bündnis für Armut und Profit“. (...)

2. Kommunisten sollen ihren Platz in bestehenden oder sich entwickelnden Oppositionsbewegungen suchen und festigen. Genossinnen, ich betone, Opposition bedeutet ein großes Maß an politischer Fähigkeit sowie an Verantwortung für die Menschen in diesem Land und für das eigene Handeln. Lassen wir nicht zu, daß außerparlamentarische Opposition zur „Begleitmusik“ degradiert wird. (...)

3. Wir festigen die Kommunistische Plattform dadurch, daß wir uns durch engagiertes Wirken in der PDS und in der außerparlamentarischen Opposition Autorität erarbeiten, die vor allem das Vorurteil abbaut, wir seien vom Leben abgehobene Spinner.

Von der Warte des aktiven PDS-Mitgliedes her müssen wir uns gegen jegliche Versuche wenden, die Partei auseinanderzudividieren, und die Kommunistische Plattform fallen zu lassen, wie eine heiße Kartoffel. (...)

Politisch zwingend ist dreierlei: Festere Verbindungen untereinander, gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit (...)

Auszüge aus dem Referat, das Gen. Dr. Heinz Marohn zur Einleitung der 7. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS am 23. März in Berlin hielt.

Kommunistische Plattform der PDS sucht Strategiedebatte

„Der Sinn der Strategiedebatte besteht nicht in der Schaffung einer Hegemonie in der Partei, sondern in der theoretischen Verarbeitung unserer politischen Praxis, im Weg von der Empirie zu gesicherten theoretischen Erkenntnissen. Richtungsentscheidungen können kein Ersatz für Analyse sein.“

tisch fordert, die existierenden Verhältnisse nicht nur als Ausgangsgrößen für politisches Handeln zu analysieren – was notwendig ist –, sondern sie im Prinzip als unabänderlich zu akzeptieren – was tödlich wäre –, der hat seinen Frieden mit den Verhältnissen gemacht.

Heute danach zu streben, Regierungsverantwortung auf Landesebene zu übernehmen und eines Tages gar eine Etage höher, kann die PDS sehr schnell überflüssig machen. Aber bedarf es in einem Land, in dem alle größeren Parteien ohnehin schon mitmachen, einer weiteren dieser Couleure? Bedarf es nicht vielmehr einer kräftigen Oppositionspartei – außerparlamentarisch und parlamentarisch – bei fester Verankerung im kommunalpolitischen Bereich? Das war ein grundlegendes Thema auf dem Parteitag. Gemeinsam mit den von Sahra, Michael und Ellen vorgetragenen Positionen zum Koalieren äußerten hierzu Angela Marquardt, Uwe-Jens Heuer, Christina Schenk und andere Rednerinnen in der Generaldebatte starke Bedenken bis Ablehnung.

Der Parteitag hat die Übernahme von Regierungsverantwortung weder abgewiesen noch in irgendeiner Weise grünes Licht hierfür erteilt. Auch im Zusammenhang mit dem beschlossenen Leittrag zur Kommunalpolitik zeigte sich, daß Widerstand gegen künstlich aufgemachte Gegensätzlichkeit Realpolitik contra Programmatik deutlicher artikuliert wird. Die historische Aufgabe der PDS kann doch nicht darin bestehen, in der bürgerlichen Gesellschaft Ministersessel zu ergattern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

den, sondern die aus der wissenschaftlichen Verarbeitung sozialer Erfahrungen unseres politischen Wirkens kommen. Das verlangt eben auch Mut, bestimmte Fragen zunächst noch offen zu lassen. Wir bekräftigen unsere auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Bundeskoordinierungsrat am 30. Mai 1994 vorgetragenen Positionen: „... Die Kommunistische Plattform ist Teil der PDS und will es bleiben. Das immer mehr nach rechts driftende kapitalistische Deutschland braucht eine konsequente sozialistische Partei. Für sie wollen wir unsere intellektuellen und organisatorischen Möglichkeiten einsetzen. Wir betrachten den Erhalt des im Parteiprogramm fixierten Charakters der PDS als eine wesentliche Voraussetzung für konsequente Opposition und Widerstand. Ohne die Kommunistische Plattform verändert sich der Charakter der PDS. Die pluralistische Debatte um Möglichkeiten und Grenzen von Reformen der kapitalistischen Gesellschaft wäre vermutlich beendet, der theoretische Streit innerhalb der Partei abgebrochen. Wir sind nicht der Auffassung, grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen reformerischen und kommunistischen Kräften innerhalb der PDS müßten hier und heute entschieden werden. Auch nicht in näherer Zukunft. Wir werden in den Theoriebildungsprozessen noch lange streiten. Dabei könnte es kulturvoll zugehen. Gelänge dies, so würde in der PDS-Mitgliedschaft auch nicht der Eindruck entstehen, es ginge um kleinliches Gezänk, um Querelen sozusagen. Wir bedürfen zumindest eines gemein-



OFFENE MALWERKSTATT

1. bis 31. August

Das Atelier mit Garten des Malers Stefan Britt in Gauting bei München steht im August täglich (außer Sonntag und Montag) von 9.00 bis 12.30 und 14.30 bis 18.00 Uhr für freie und großformatige Malerei zur Verfügung.

Die gebotene fachliche Hilfe in Technik, Stilrichtung und Methode hängt ganz von den persönlichen Arbeitszielen der Teilnehmer ab. Spontane Aktionsmalerei ist ebenso möglich wie die Umsetzung gegenständlicher und abstrakter Bildideen, Ausdruck von Stimmungen oder Übungen zur Beherrschung des Handwerks.

Große Staffeleien, Klappstühle und Tische sind ausreichend vorhanden, Graupappen 75 x 100 gibt es zum Selbstkostenpreis. Sonstiges Material und Werkzeug (Beratung bei der Auswahl) bitte je nach bevorzugter Technik mitbringen.

GEBÜHR pro Einzeltag: DM 60, Für Schüler, Studenten u.ä.: DM 40

ADRESSE: Magdalenenstraße 31, 82131 Gauting, 15 Minuten zu Fuß vom S-Bahnhof (S6, München - Tutzing), Badeanstalt mit Gaststätte gleich in der Nähe

AUSKUNFT (auch über Unterkunftsmöglichkeiten) und Platzreservierung: Tel.: 089/850541

Stefan Britt, Wunschkonzert, 1995, Akryl auf Leinwand, 200 cm x 140 cm

KUNST

Kann Kunst helfen, die Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten?

Etwa ein Jahr lang gab es Überlegungen in der PDS in München, eine Arbeitsgemeinschaft Bildende Kunst zu gründen. Diese Idee, die von dem Maler Stefan Britt sowie von einigen seiner Schüler ausging, wird mittlerweile nicht mehr weiter verfolgt. Zu groß schien die Gefahr, daß sich die Mitglieder einer solchen Arbeitsgemeinschaft aufreihen müßten in einem Abwehrkampf gegen die Forderung, Kunst für die Partei zu machen. Die aktuelle Lage im Münchner Kreisverband gibt auch Anlaß zu der Befürchtung, daß eine sinnvolle Arbeit blockiert werden könnte. Würden nach Gründung einer Arbeitsgemeinschaft etliche Leute aus der PDS vorbeischaun, um die festen Mitarbeiter darüber aufzuklären, was sie zu tun haben, dann wäre weder die Förderung der künstlerischen Betätigung der Mitglieder noch ein eigenständiger Beitrag zur Bildenden Kunst vorstellbar. Zudem bestände die Gefahr, daß zusätzlich zerstört werden könnte, was bereits besteht, eine von Stefan Britt initiierte Künstlergruppe, in der nicht alle Mitglieder der PDS nacheinander.

Eine Partei des Demokratischen Sozialismus sollte eigenständige Kunst fördern

Eigentlich hätte die Förderung von eigenständigen, nicht von Parteiaufträgen abhängigen Kunstaussagen auch in der PDS ihre Daseinsberechtigung. Die Geschichte hat gezeigt, daß Bilder und andere Kunstwerke sogar dann politisch wirken können, wenn dies gar nicht beabsichtigt ist. Wie oft Kunst z.B. antifaschistisch gewirkt hat, selbst wenn den Künstlern dies nicht bewußt war, läßt sich an der großen Bandbreite unterschiedlichster Stilrichtungen erkennen, die der Nationalsozialismus nicht richten wollte.

Künstlerisches Schaffen unterscheidet sich wesentlich von der Arbeit in Produktion, Entwicklung oder auch im wissenschaftlichen Bereich. Dort wurde durch die Arbeitsteilung möglich, daß einzelne Menschen nur noch Teil-

aufgaben verrichten, dabei menschlich und intellektuell verkümmern und daß dennoch durch kooperatives Arbeiten insgesamt mehr dabei herauskommt. Diese Arbeitsweise, die die bürgerliche Gesellschaft auf die Spitze getrieben hat und im Dritten Reich sogar zu kooperativen Raubzügen und Massenhinrichtungen verwendet wurde, funktioniert beim Bemühen, Kunst zu schaffen, nicht. Versuche, kreativ Kunstwerke zu erarbeiten, indem Vorgaben ausgeführt werden, mißlingen kläglich.

Das Schaffen von Kunstwerken gelingt nur bei eigenständiger Persönlichkeit. Diese Eigenschaft macht Kunst zu einer wichtigen Verteidigungslinie der heute stark verstümmelten Fähigkeit des Menschen, über sich selber zu bestimmen. Kunst bietet die Möglichkeit, eine eigene Sicht der Welt zu äußern sowie eigene Auffassungen und Bedürfnisse auszudrücken. Die Entwicklung dieser Fähigkeit ist Voraussetzung für eine Gesellschaft, die nach den Bedürfnissen der Menschen gestaltet wird.

Eine Arbeitsgemeinschaft, die sich mit Kunst auseinandersetzt, könnte das Verständnis dafür erweitern, auf wie vielfältige Weise Interessen mit Hilfe von Kunst artikulierbar sind, wie jedoch andererseits Kunst auch immer wieder für die Interessen von herrschenden Klassen mißbraucht wurde und wird. Zu hoffen ist deshalb, daß nach einer Konsolidierung des Münchner Kreisverbandes der PDS doch noch die Gründung einer derartigen Arbeitsgemeinschaft gelingt.

Das Maler-Kolleg Stefan Britt

Bei dem Maler-Kolleg handelt es sich um die bereits erwähnte Künstlergruppe, die zumindest teilweise Aufgaben einer Arbeitsgemeinschaft übernehmen kann. Eine theoretische Auseinandersetzung mit Kunst ist dort zwar nur ansatzweise möglich – dafür wäre eine Arbeitsgemeinschaft bedeutend besser

geeignet. Das Malerkolleg kann aber das künstlerische Schaffen der Mitglieder fördern. Wie nahe der oder die einzelne der PDS stehen, spielt innerhalb der Gruppe keine Rolle. Nicht um die Umsetzung von politischen Aufträgen in Bildern geht es, sondern um die Herausbildung von eigenständigen Künstlerpersönlichkeiten, die selber entscheiden, was der Inhalt ihrer Bilder sein soll. Von einigen Malern des Kollegs

werden Bilder mit politischem Inhalt gemalt – einen Anspruch an die Mitglieder, „politische“ Kunst machen zu müssen, gibt es aber nicht. Die Werke von Hans Wengle sind ein Beispiel dafür, wie auch Bilder ohne politischen Anspruch eine kritische Reflexion der eigenen sozialen Situation leisten können (s. Kasten).

Eine zentrale Rolle für den Zusammenhalt des Maler-Kollegs spielt neben gemeinsamen Ausstellungen die Offene Malwerkstatt, die Stefan Britt jedes Jahr im August durchführt. Dort arbeiten die Mitglieder des Kollegs gemeinsam und lernen voneinander. Stefan Britt verzichtet dabei bewußt auf belehrendes Verhalten. Er vermeidet eine dominierende Stellung in der Malwerkstatt, um die eigenständige künstlerische Entwicklung der Teilnehmer nicht zu behindern. Wer aber Hilfestellung bei konkreten Problemen benötigt, wird jederzeit unterstützt. Weitere Teilnehmer an der Malwerkstatt sind willkommen.

Hans Waschkau, Die Vernunft ist biert Ungehauer, 1993/94, Akryl auf Nessel, 130 cm x 90 cm



AUSBRUCH aus einer verplanten Welt – Bilder von Hans Wengle

Auch das Malen von Bildern, die auf den ersten Blick völlig unpolitisch wirken, kann dazu beitragen, daß sich der Künstler mit der eigenen gesellschaftlichen Situation auseinandersetzt. Dies zeigen die Bilder von Hans Wengle, der in Lehre und Forschung in der Fachrichtung Thermodynamik arbeitet. Wer sich unter Forschung eine Tätigkeit vorstellt, bei der Neues und Unbekanntes entdeckt werden kann, der stößt beim staatlichen Forschungsbetrieb auf eine Karikatur dieser Vorstellung. Was geforscht wird und was somit „Neues“ entdeckt werden kann, ist immer schon für mehrere Jahre in die Zukunft festgelegt.

Hans Wengle
O.T., 1993
Akryl auf Hartfaser
100 cm x 70 cm



Die Bilder von Hans Wengle können als Ausbruch aus dieser Situation interpretiert werden. Es handelt sich um Bilder, bei deren Entstehung der Maler bewußt auf jede Planung verzichtet. Es geht nicht darum, im Kopf gebildete Vorstellungen in Bilder umzusetzen. Stattdessen wird die Leinwand zunächst planlos und willkürlich bemalt, das fertige Bild entsteht dann im Dialog mit dem, was dabei herausgekommen ist. Bilder, die in ihrer Aussage nicht von vorneherein festgelegt sind, geben dem Maler die Möglichkeit, beim Prozeß des Malens ständig neue Figuren – meistens groteske Gestalten von Tieren oder Menschen – zu sehen. Diese können dann gefördert oder aber wieder verworfen werden. Bei dieser Malweise kann wirklich Neues entdeckt werden: Jedes fertige Bild ist ein Abbild von Schichten des Unterbewußten und damit von unbekannten Seiten der Persönlichkeit des Künstlers.

Interessanterweise wirkt dies Art zu Malen zurück auf die Arbeit in der Forschung, da sie die Fähigkeit zum Umstrukturieren fördert, die ein wichtiges Element von Kreativität ist. Die Malweise von Hans Wengle trainiert die Fähigkeit, ständig neue Zusammenhänge zu entdecken. Eine Farbstruktur, die sich spontan als Bestandteil einer Gestalt deuten läßt, kann ihre Bedeutung vollkommen verändern, wenn sie mit anderen Teilen des Bildes kombiniert wird. Hans Wengle hat berichtet, daß er bei thermodynamischen Forschungen, wo viel mit Computersimulationen gearbeitet wird, viel schneller als seine Kollegen Zusammenhänge entdeckt und dabei trotzdem ständig offen für neue Deutungen ist.

Völlig problemlos ist die Malweise von Hans Wengle allerdings nicht. Wenn Bilder völlig ohne jeden Plan gemalt werden, besteht die Gefahr, daß die Änderungen von Bild zu Bild so gering sind, daß die fertigen Bilder zu ähnlich aussehen. Dieser Gefahr kann entgangen werden durch die Entscheidung, sich z.B. einer neuen Schicht des Unterbewußten zuzuwenden. Bei einer solchen Entscheidung handelt es sich aber um ein Minimum an Planung, die Hans Wengle aber eigentlich vermeiden wollte. Vielleicht ist auch seine Angst, sich zu früh festzulegen, etwas zu stark. Auf Dauer ist es beim Malen doch etwas problematisch, alles offen lassen zu wollen. Denn dies bedeutet ja umgekehrt, daß Aussagen vermieden werden. Bilder ohne Aussagen sind aber eben beliebig. Um diesen Gefahren zu begegnen, hat Hans Wengle mehrmals Korrekturen an seiner Malweise vorgenommen.

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN DIE STAATLICHEN NATIONALFEIERN AM 3. OKTOBER 1996 IN MÜNCHEN

EINLADUNG ZUM 1. TREFFEN
an alle interessierten Personen, Organisationen und Gruppen

Arbeitstreffen am Samstag, den 11. Mai um 13 Uhr in München in der IG (Initiativgruppe zur Förderung ausländischer Jugendlicher) in der Hermann-Lingg-Straße 12, Rückgebäude (zwei Stationen mit der Tram 18 oder 19 westlich von Hbf Süd)

Themenkomplexe • Demo • Schlußkundgebung • Kongreß • Aufruf-Entwurf • Mobilisierungsmethoden • Adressenliste / Verteiler • Finanzierungsmöglichkeiten

Bisher bestehende Vorstellungen:
Mi, 2. Okt. „Einheitsfest“ • Do, 3. Okt. Demonstration • Fr/Sa, 4. u. 5. Okt. Kongreß

Weitere Informationen über
Claus Schreier,
Johann-von-Weth-Straße 3, 80639 München,
Tel.: 089/169519, Fax: 089/168 94 15

T E R M I N E

3.-5.5.: Berlin. Tagung „Frieden denken - Frieden leben“ zum 25. Bestehen der Zeitschrift „Antimilitarismus Informationen (ami)“, Kontakt: ami, Elsholzstr. 11, 10781 Berlin, Tel./Fax: 030/2151035

5.5.: Volksabstimmungen in Berlin und Brandenburg über die „Länderfusion“

11.5.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

8.-15.5.: bundesweit: Aktionstage „Bundesrepublik ohne Armee“, Kontakt: DFG/VK By, Alte Allee 48, 81245 München, Tel.: 089/8342693, Fax: 089/8341518

16.-19.5.: Heidelberg: 20. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Kontakt: BuKo, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/393156, Fax: 040/3907520

Wochenendseminar: Kultur der Anpassung, Chance des Widerstands – zur Auseinandersetzung mit den Ansätzen Pierre Bourdieus,

Die theoretischen Ansätze Pierre Bourdieus erfassen die Tatbestände der sozialen und kulturellen, der klassen- und schichtenspezifischen Reproduktion des Menschen und machen die neuen Zwänge verständlich, die bewirken, daß Menschen im vollen Schein der Freiwilligkeit sich her- und zureichten für das differenzierte und weit gefächerte Interesse der großen Verbraucher menschlicher Arbeitskraft.

20. BUKO

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 16. bis 19.5. in Heidelberg

Der BUKO ist ein Zusammenschluß von ca. 200 örtlichen „3. Welt“ Gruppen.

Inhaltlich geht es in 20 Arbeitsgruppen u.a. um:

- Kritik an der Nachhaltigkeitsdiskussion
- Politische Alternativen
- Welthandel, Globalisierung
- Markt in den Köpfen, Widerstand

Vielfältiges Rahmenprogramm

Infos und Anmeldung;
Buko,
Nernstweg 32-34,
22765 Hamburg,
Tel.: 040 / 39 31 56

26.5.: Bundesweite Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren (NRW), 12 Uhr ab Abschiebeknast. Infos: Cordula, Projektbereich eine Welt, c/o AStA, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel. 05251-603174

1./2.6.: Braunschweig: Bundeskongreß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten (VVN/BdA)

Juni: a.o. DGB-Jugendkongreß, u.a. mit Beratung über den Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms.

1.6.: 4. Linkes Medienspektakel auf dem Höhenlo in Suhl (Thüringen). Kontakt: PDS Suhl, AG Linkes Medienspektakel, Naumannstr. 4, 98527 Suhl, Tel./Fax 03681-28562

3.6.: NATO-„Frühjahrstagung“ in Berlin.

7. bis 9.6.: FDP-Bundesparteitag in Karlsruhe mit Beschluß über das neue Grundsatzprogramm

14.-16.6.: Erfurt: Kommunalpolitischer Kongreß von Bündnis 90/Grüne in Erfurt

14.-16.6.: Ort noch unbekannt: Bundestreffen der Föderation der Gewaltfreien Aktionsgruppen (FöGA), Kontakt: FöGA, Graswurzelwerkstatt, Scharnhorststr. 6, 50733 Köln, 0221/765842, Fax 0221/765889

16.6.: Präsidentschaftswahlen in Rußland

26./27.6.: G-7-Gipfel in Lyon, Frankreich.

1.-4.8.: „Sommertreffen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Näheres bei BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FFM, Tel. 069/250030, Fax: 069/235584.

1.-4.8.: Schnepfenthal: Sommerkurse der „Linken Schule“ in Schnepfenthal, Thür.

14.8.: In Lüneburg beginnt der Prozeß gegen die Göttinger „Autonome Antifa“ (17 Angeklagte) wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB)

7./8.9.: In Duisburg-Rheinhausen findet die 4. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS statt: „Zeitstrukturen. Entwürfe zur Neuverteilung der Arbeitszeit“ ist ihr Thema.

14. 9.: Der Vorstand der Bundeskonferenz BWK tagt in Köln

15.9.: Kommunalwahlen in Niedersachsen

28.9.-4.10.: Stuttgart: Gewerkschaftstag der ÖTV

25.-27.10.: Nürnberg: IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ - 50 Jahre nach den Nürnberger Ärzteprozeß, Infos: IPPNW-Kongreßbüro, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166

12./13. 10.: Herbsttagung der Bundeskonferenz BWK in Köln

November: Präsidentschaftswahlen in den USA

14.-16.11.: a.o. DGB-Bundeskongreß in Dresden mit Beschluß über ein neues Grundsatzprogramm

aktuelle politische Nutzenanwendung (Stichwort 2/3-Gesellschaft oder Mehrheit links von der Mitte).
Materialien für das Seminar werden zusammengestellt. Bitte anmelden.

In Hamburg am 18./19. Mai, Verant. AG BWK / PDS HH, Anmeldung: GNN Hamburg, Tel. 381393, Fax 3808331, Palmalle 24, 22767 Hamburg, Ort: PDS-Büro, Palmalle 24

In Schweinfurt am 22./23. Juni, Verant. AG BWK/PDS By, Anmeldung: C Seltz, c/o DFG-VK-Büro, Gabelsbergerstraße 1, 07421 Schweinfurt, Ort: DFG-VK-Büro

Aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums fand am 22. April eine Festveranstaltung statt. Diese wurde insbesondere von den Studierenden genutzt, um die Kritik an den gegenwärtigen Kürzungen (Studienplatzabbau, Stellenabbau, Studiengebühren, Eingriffe in die Hochschulautonomie u.a.m.) zum Ausdruck zu bringen. Besonders „Diebchen“ (Diepjen) bekam den Zorn vieler Anwesender zu spüren: seine Rede ging im Lärm unter. Dagegen fand die Rede eines AStA-Vertreters, die sich mit Vergangenheit und Gegenwart der TUB auseinandersetzt, besonders viel Beifall, gleichwohl einige ältere, teils emeritierte Hochschullehrer aus Protest den Raum verließen. Folge der erwähnten Kürzungen wäre nicht nur eine eindeutige Dominanz technischer und naturwissenschaftlicher Fächer, sondern letztendlich auch ein Kippen der reformerischen (linken) Mehrheiten in den akademischen Gremien.

-(har)

ein neues Verständnis von Technik, Wissenschaft und Gesellschaft überwinden wollte. (...) Hertel war ein Gewinner der technokratischen Politik der Nazis. Der Industrielle und Wissenschaftler Prof. Hugo Junkers war nach den Erfahrungen des ersten Weltkriegs, in dem er massiv für eine deutsche Luftrüstung eingetreten war, nicht mehr bereit gewesen, in seinen Werken eine Rüstungsproduktion einzurichten. Nach seinem Hinauswurf wurden die Junkers-Werke von den Nazis zu einer der größten Waffenschmieden der damaligen Zeit umgestaltet. Zur Verwirklichung ihrer Ziele benötigten die neuen Machthaber aber innovative Fachleute. Dadurch kamen junge Ingenieure schnell in hohe Positionen. Hertel wurde bereits mit 32 Jahren 1933 Technischer Direktor der Heinkel Flugzeugwerke, wo er unter anderem mit Wernher von Braun an der Konstruktion des ersten Raketenflugzeugs arbeitete. Mit 38 Jahren wurde er 1939 Entwicklungschef und Technisches Vorstandsmitglied der Junkers-Werke, die u.a. die berühmten Sturz-

nik an der TU Berlin, beschäftigte sich in den dreißiger Jahren mit Raumgleitern und wurde später beauftragt, auf deren Basis eine der vier deutschen „Vergeltungswaffen“ des Zweiten Weltkriegs zu entwickeln. Auch für Sänger war eine Tafel in der Jubiläumsausstellung geplant, die jedoch von der Ausstellungsredaktion zurückgewiesen wurde.

Als letztes Beispiel soll hier Wernher von Braun genannt werden, der mit den V2-Raketen eine weitere Vergeltungswaffe entwickelte. Dabei wurden unter den in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde und in der Produktionsstätte KZ Dora-Mittelbau im Harz eingesetzten KZ-Häftlinge Zehntausende von Todesopfern in Kauf genommen. 1963 erhielt er als nun gefeierter Apollo-Projektleiter der NASA von der TU Berlin die Ehrendoktorwürde. Die Laudatio in der akademischen Feier zur Überreichung wurde von Heinrich Hertel gehalten. Diese Ehrendoktorwürde besteht immer noch, auch wenn mittlerweile die von einem Hochschullehrer des ILR gestiftete von-Braun-Büste aus dem Institut entfernt wurde und von Braun nicht mehr in der EhrendoktorInnenliste des Universitätsverzeichnisses geführt wird.

HEINRICH HERTEL – EIN DEUTSCHES SCHICKSAL?

Eine Tafel, die nicht in der Ausstellung zu sehen ist

Im Rahmen der Jubiläumsausstellung sollte als Beitrag des Instituts für Luft- und Raumfahrt (ILR) eine Tafel über Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. h.c. Heinrich Hertel zu sehen sein. Jedoch wurde sie jetzt kurzfristig vom Institut zurückgezogen, da man sich dort nicht in der Lage sah, auf die Wünsche der Ausstellungsgruppe nach weitergehenden Angaben über die Tätigkeiten von Hertel in der Rüstungsindustrie des dritten Reichs einzugehen. In dieser Zeit war Hertel erst leitender Konstrukteur bei der Flugzeugbaufirma Heinkel, später technischer Vorstand der Junkers-Werke – des größten deutschen Lufttrüstungsunternehmens in dieser Zeit. 1955 wurde er der erste Ordinarius für Luftfahrzeugbau an der TU Berlin.

LEICHE IM KELLER DER TU?

Heute wird am Institut ein seltsames Schweigen über die Person Heinrich Hertel gepflegt. Und das, obwohl einige hochinteressante, bis heute aktuelle Forschungsfelder der TU Berlin auf das Wirken von Heinrich Hertel zurückgehen. So gehört Hertel zu den Begründern der Bionik, die technische Konstruktionen aus dem Verständnis biologischer Strukturen und Wirkungszusammenhänge ableitet, sowie zu den Pionieren eines wissenschaftlichen Leichtbaus. (...)

1955 – BEGINN DER VACHKRIEGSNORMALITÄT

Selbst wenn wenig vergessen werden darf, doch die andere Rolle, die Hertel für die Geschichte der TU Berlin spielte und die heute gerne verdrängt wird: Seine Berufung auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Luftfahrzeugbau steht paradigmatisch für die Restauration an der TU Berlin Mitte der fünfziger Jahre. Die hehren Ansprüche, die am Anfang der Gründung der TU Berlin standen, wurden schrittweise über Bord geworfen. Kaum zehn Jahre nach dem Akt der Begründung einer Technischen Universität wurden ohne Diskussion über die Vergangenheit die Kader aus dieser Zeit wiederberufen, die man durch

Die Technische Universität Berlin wurde am 9. April 1946 gegründet. Bewußt errichtete die britische Besatzungsmacht eine Universität in Gegensatz zur Technischen Hochschule Charlottenburg, die bis 1945 dort bestand. (1)

JUBILÄUM der TU-Berlin

„Im Grunde nutzte ich das Phänomen der oft kritiklosen Verbundenheit des Technikers mit seiner Aufgabe aus. Die scheinbare moralische Neutralität der Technik ließ bei ihnen die Besinnung auf eigene Tun gar nicht erst aufkommen.“

Albert Speer (Assistent an der TH Charlottenburg 1932-34; Rüstungsminister 1942-45)

kampfflugzeuge (Stukas) produzierten. In den vierziger Jahren arbeitete er an der Entwicklung der ersten Bombenflugzeuge mit Strahlantrieb.

Es wäre jedoch fatal, wenn man von hochbegabten, aber verführten Jungwissenschaftlern reden würde. Denn die Ausrichtung der deutschen Industrie auf die Rüstung war in den späten dreißiger Jahren unübersehbar. (...)

VOM SAULUS ZUM PAULUS?

Nach dem Krieg setzte sich Hertel in seinem Institut dafür ein, daß keinerlei Rüstungsforschung betrieben wurde. Inwieweit er derartige Vorhaben verhindert hat, muß noch technikgeschichtlich untersucht werden. Denn Rüstungsforschung war ohnehin durch alliierte Vorbehaltsrechte untersagt. Eine Auseinandersetzung mit Hertels Vergangenheit hat jedoch an der TU Berlin nach den bisher vorliegenden Quellen nicht stattgefunden.

Hertel ist bei weitem nicht das einzige Beispiel für die Restaurationsperiode der fünfziger Jahre an der TU Berlin. Prof. Eugen Sänger, der erste Inhaber des Lehrstuhls für Raumfahrttech-

werden. Die Information und die Belebung der Diskussion über die Auswirkung von Wissenschaft und Technik wäre eine Zukunftsaufgabe par excellence einer ihren Ansprüchen treu bleibenden Technischen Universität Berlin. Ob sie dies kann ist fraglich. Die Pläne zur Amputation der geistes- und erziehungswissenschaftlichen Bereiche an der TU Berlin lassen Schlimmes befürchten.

BRIEF DER 111 VERRÄTER

Ein erschreckendes Beispiel von geschichtlicher Ignoranz gibt der „Brief der 111 Verräter“, ein Schreiben mehrheitlich konservativer Hochschullehrer aus natur-, ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen. An den Senat und das Abgeordnetenhaus wird in diesem Brief die Forderung erhoben, sich auf das drittmittelstarke Profil der TU Berlin in diesen Fachbereichen zu besinnen und strukturelle Kürzungen unbeirrt in den Geistes- und Erziehungswissenschaften vorzunehmen.

-fb (aus Platzgründen gekürzt)

(1) vgl. Pol. Berichte 1/95

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
- erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: GNN-Berlin, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 68163 Mannheim), Ulrike Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Hardy Vollmer, c/o GNN-Süd, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“. Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln.

Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ: 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern. Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weitverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin. Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/38 13 93, Fax: 040/3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11/4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089/50 28 112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04/6 57 11, Fax: 03 42 04/6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11/62 15 32.

Politische Berichte – zum

Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe

der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres-/Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift: